

Interrogation-No. 962

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV

1948/56

Vernehmung des Hermann REINHOLDT
am 3. April 1947, von 15.30 - 16.30 Uhr
durch Hr.: SCHNEIDER
Stenographin: Marg. FORTNEY

1. Fr. Sie belassen?

A. REINHOLDT.

2. Fr. Ihr Vorname?

A. Hermann.

3. Fr. Sie sind schon hier vernommen worden?

A. Nein.

4. Fr. Stehen Sie bitte auf, erheben Sie Ihre rechte Hand und sprechen Sie mir den Eid nach:

"Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, dass ich die reine Wahrheit sage, nichts verschweige und nichts hinauflegen werde, so wahr mir Gott helfe."

5. Fr. Geben Sie mir die vornehmlichsten Punkte Ihres Lebenslaufes an.

A. Ich bin am 24. Oktober 1902 in Gumbinnen geboren. (Dann wurde mein Vater nach Köln versetzt.) Habe im Jahre 1921 das Gymnasium dort besucht und das Abitur gemacht. Im Jahre 1924 habe ich Rechtswissenschaft und Staatswissenschaft studiert und machte dann mein Referendar-Examen und 1925 meinen Doktor.

1926 wurde ich Gerichtsassessor und ging nach Berlin. War zuerst im Preussentuchschiedungsgesetz fuer Kriegsschieden als Referent tätig. Ab 1.12.1926 in der Hauptstelle der Reichsanstalt fuer Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenvermittlung. Am 1.4.1932 wurde ich persönlicher Referent des damaligen Präsidenten Dr. STIMP und etwa ab 1.6.1932 Sachbearbeiter, später Abteilungsleiter beim

Reichskommissar fuer den Freiwilligen Arbeitsdienst. Im Jahre 1932 wurde ich zum Regierungsrat befördert.

Aus der letzten Tätigkeit wurde ich Ende März 1933 entlassen, trat dann zur Reichsanstalt zurück und wurde ab 1.5.1933 wieder Sachbearbeiter in der Hauptstelle der Reichsanstalt und zwar fuer die Durchführung der Vorkontrollarbeiten. Nach meiner Beförderung zum Oberregierungsrat im Juni 1935 kam ich als Leiter des Arbeitsamtes nach Oppeln. Ab 1.5.1937 war ich Leiter des Arbeitsamtes in Hammeln. Zum 1. März 1938 wurde ich in die Finanzabteilung des Reichswirtschaftsministeriums als Referatsleiter einberufen, ab 1.1.1942 gleichzeitig in die neu eingerichtete Ostabteilung des Reichsaut.-Wirtschaftsministeriums als Referatsleiter eingesetzt und zwar als Referent fuer Finanzangelegenheiten. Ende im März/April 1942 wurde ich in der gleichen Eigenschaft beim Reichsministerium fuer die besetzten Ostgebiete eingesetzt. Unter Beibehaltung meiner Aufgabe im Reichswirtschaftsministerium wurde ich 1940 zum Ministerialrat befördert.

Ab 1. April 1943 wurde ich gleichzeitig zum Wirtschaftsstab Ost eingesetzt und zwar als Leiter der eingerichteten Sondergruppe Treuhandverwaltung unter gleichzeitiger Aufgabe meiner Tätigkeit im Reichswirtschaftsministerium, aber als stammsender Ministerialrat dieses Ministeriums. Seine Tätigkeiten im Wirtschaftsstab und Ostministerium waren am 15.2.1945 beendet. Ab 15.2.1945 wurde ich als Referatsleiter und Stellvertreter des Abteilungsleiters der Abteilung fuer Handel und Handwerk im Reichswirtschaftsministerium bestellt.

Am 18.4.1945 wurde ich dem Fuehrungstab Sud zugeteilt. Das Reichswirtschaftsministerium hatte seinen Sitz in Wien, Leiter war Ministerialdirektor

NICHL. Ende April 1945 erhielt ich den Auftrag, die Leitung der Verbindungsstelle des Reichswirtschaftsministeriums zu uebernehmen. Zu einer praktischen Durchfuehrung kam es jedoch nicht mehr.

6.Fr. Wann sind Sie in die Partei eingetreten ?

A. Rückwirkend zum 1. Mai 1937.

7. Fr. Ihre Parteinummer ?

A. Ich habe in Erinnerung etwa so 4 Millionen und Neuntausend.

8. Fr. Bei welcher anderen Gliederung der Partei waren Sie ?

A. Ende Oktober 1933 bin ich zur Reiter-SS, 2/7 Berlin-Grünwald.

9. Fr. Welche Nummer hatten Sie bei der SS ?

A. Zweihundert oder Zweihundertsechzigtausend.

10. Fr. Welchen Rang hatten Sie, als Sie eingetreten sind ?

A. Keinen.

11. Fr. Zuletzt ?

A. Reiterführer.

12. Fr. Sind Sie noch bei irgendeinen anderen Gliederungen der Partei gewesen ?

A. NSV zahlendes Mitglied und auf ähnlichem Wege beim Reichsbund der Deutschen Beamten als zahlendes Mitglied.

13. Fr. Wie sind Sie zum Ostministerium gekommen ?

A. Das Ostministerium hatte einen kleinen eigenen Bestand an Kräften. Es gab dort die wirtschaftlichen Abteilungen wie Landwirtschaft, Forstwirtschaft. Und es war so, dass dieselben Personen tätig waren in ihren alten Ministerium wie bei uns und einer Ostabteilung angehörten.

14. Fr. Dann haben Sie beim Wirtschaftsministerium und beim Ostministerium dieselbe Tätigkeit gehabt ?

A. Ja.

15. Fr. Wie hat sich das Ostministerium und der Stab Ost unterschiedet ?

A. Der Wirtschaftsstab Ost war fuer die Gebiete, die unter der Befehlsgewalt der Wehrmacht standen, während das Ostministerium fuer die zivile Verwaltung eingesetzt war.

16. Fr. Fuer was war der Wirtschaftsstab verantwortlich ?

- A. Der Wirtschaftsstab Ost war eine Felddivision. Ich kann es nicht genau sagen, ob er dem OKW unterstand. Aber die Weisung empfing er schlicht wie das Ostministerium von Befehlshabern des Vierjahresplanes unmittelbar.
17. Fr. In welcher Abteilung haben Sie gearbeitet im Ostministerium?
- A. Zunächst im Referat, nachher hatte ich eine Abteilung in der Treuhandsverwaltung.
18. Fr. Was waren die Aufgaben der Treuhandsverwaltung?
- A. Als ich kam war die Idee schon lange da, dass man schlicht wie im General Gouvernement, eine Vermögensverwaltung brauchte, nur mit dem Unterschied, dass der Staatsbesitz eine andere Rolle spielte als im General Gouvernement.
19. Fr. Handelte es sich um beschlagnahmtes Eigentum?
- A. Das ist verschieden gewesen. Im Gegensatz zum General Gouvernement. Während im alt russischen Gebiet alle wichtigen Gebiete ja sogar der Hausbesitz von etwa 200 qm Wohnfläche etwa an, Staatsbesitz waren.
20. Fr. Hat die Treuhandsverwaltung die Verwaltung von diesem Besitz unter sich gehabt, oder war war verantwortlich?
- A. Nein, das war vielleicht ein Ziel das nicht erreicht worden ist, denn die Treuhandsverwaltung im Ostministerium an die wurde relativ spät gedacht, zu einem Zeitpunkt, wo die grossen Outgesellschaften schon lange Zeit tätig waren und die Reichs- und Generalkommissare auch selbst noch eigene Formen der Besitzverwaltung eingerichtet haben.
21. Fr. Was hat praktisch Ihre Abteilung im Osten geleistet?
- A. Wir haben uns auf die alt russischen Gebiete beschränkt.
22. Fr. Was verstehen Sie unter den alt russischen Gebieten?
- A. Das waren die drei Randstaaten, Litauen, Estland und Lettland da war die Situation eine andere. Bei der Besetzung zeigte dort die Privatwirtschaft eine sowjetische Form und man griff zu einem raschen Übergang in die Staatsform.

23. Fr. Wie war die Lage in Russland selbst, was hat Ihre Abteilung praktisch geleistet?

A. Ich kann vielleicht so sagen, das Ziel was nicht erreicht werden ist, war eine treuhänderische Verwaltung des gesamten sowj. Wirtschaftsvermögens nach west-europäischen Grundsätzen unter peinlichster Kontrolle der Exaktheit und bei volliger Trennung von Staat und Wirtschaft, jedenfalls den Formen nach. Auf diese Weise sollten alle Schwierigkeiten die sich in manchen Verwaltungsstellen zeigten überwunden werden und es sollte rechtzeitig eingegriffen werden. Ich habe deshalb veranlaßt, als die ersten Massnahmen getroffen wurden, dass in einer Verordnung des Reichsministers fuer die besetzten Ostgebiete, jede Verfügung ueber sowj. Wirtschaftseigentum die ohne Zustimmung des Ostministers erfolgte, fuer nichtig erklaert wurde. Ausserdem beschraenkte sich die Verordnung auf das bereits von den Russen beschlagnahmte Vermoegen und stellte den Charakter der treuhänderischen Verwaltung in den Vordergrund.

24. Fr. Wer hatte die Beschlagnahme durchgefuehrt?

A. In den Laendern Estland, Lettland und Litauen wurden kurz nach dem deutschen Einmarsch von der dortigen Verwaltung, Verordnungen erlassen und zwar meines Wissens von den Behörden des Reichs- und Generalkommissars, wonach das von den Russen sogenannte Nationalvermoegen nach bestimmten Gesichtspunkten der Beschlagnahme verfial.

25. Fr. Konnen wir uns Ostministerium selbst. Konnen Sie mir eine Gliederung vom Ostministerium angeben?

A. Ich muss ueberlegen, das weiss ich nicht mehr genau, denn die hat gewechselt. Das war eine Verwaltung die Personal und Haushalt umfasste.

26. Fr. Wer hat diese Abteilung gehabt?

A. Es gab eine Verwaltungsabteilung, die hatte Ministerialdirektor BENTZ, dann gab es eine politische Abteilung, die hatte die meiste Zeit LEIBRANDT. Dann gab es ausser den drei Gruppen, eine Abteilung fuer Wirtschaft (Wirtschaftsmini-

sterium) und Forstwirtschaft (Forstamt), Ernschurung (Ernschurungsministerium).

27. Fr. Wer hat diese gewerbliche Wirtschaft unter sich gehabt?

A. Ministerialdirektor ^{Schlotter} ~~SCHLOTTER~~.

28. Fr. Der war beim Wirtschaftsstab Ost?

A. Ja.

29. Fr. Können Sie mir noch andere Abteilungen nennen?

A. Das waren die Hauptabteilungen des Ministeriums.

30. Fr. Wann kam Übergruppenführer BERGER?

A. BERGER ist später gekommen. Der hat dann meines Wissens die politische Abteilung gehabt.

31. Fr. War Ihre Abteilung selbstständig oder untergegliedert?

A. Die war untergegliedert, sie unterstand der Treuhandsverwaltung. Im Ostministerium ist es unterschiedlich gewesen. Sie unterstand zunächst Ministerialdirektor ^{Schlotter} ~~SCHLOTTER~~, sowie Ministerialdirektor BURTE, dann eine kurze Zeit unmittelbar dem Stellvertreter des Ostministeriums Generalleutnant MEYER und dann später dem Ministerialdirektor v. ALLWERNER.

32. Fr. Als Sie beim Ostministerium waren, waren Sie in Berlin?

A. Ja, ich habe Dienstreisen gemacht. Im Wirtschaftsstab Ost war es dasselbe.

33. Fr. Welche Verbindung hatte LETSCH, der soll auch Ministerialrat oder Regierungsrat im Ostministerium gewesen sein, gehabt?

A. Sie meinen Ministerialrat LETSCH?

34. Fr. Ja.

A. Im Ostministerium gab es einen besonderen Arbeitsseinsatz und da ist nicht LETSCH gewesen, sondern ein anderer.

35. Fr. Stand diese Abteilung Arbeitsseinsatz in Verbindung mit RAUCKEL und LETSCH?

A. Da kann ich nicht sagen.

36. Fr. Was wissen Sie im allgemeinen über die Tätigkeit von BERGER in Bezug zum Ostministerium?

A. Ja, eigentlich weiss ich sehr wenig, denn BERGER hatte nichts mit wirtschaftlichen Dingen zu tun und meine Tätigkeit bezog sich auf wirtschaftliche und rein finanzwirtschaftliche Aufgaben. - Ich habe BERGER einmal bei einer Sitzung erlebt.

37. Fr. Sind Sie bei irgendeiner Sitzung gewesen, die sich auf Arbeitseinsatz bezog?

A. Nein.

38. Fr. Was wissen Sie ueber die Tätigkeit von LEIBRAND?

A. Meine Beruehrung zur politischen Hauptabteilung war verhaeltnismaessig gering. Ich kann nur sagen, dass nach meinem Eindruck die politische Abteilung ein sehr homogener Verwaltungskorper war.

Ich bin informiert worden ueber die Spannung die zwischen ROSENBERG und KOCH bestand und insbesondere die auch mich angehenden Fragen, z.B. die Privatisierung des Grundbesitzes in der Ukraine, wobei die politische Hauptabteilung als federfuehrende Hauptabteilung auftrat. Ich erfuhr hier und da einiges ueber ihre Bemuehungen mit den einheimischen Verwaltungen in den drei baltischen Staaten und Weissruthenien.

39. Fr. Was sich interessiert ist die eigentliche Gliederung vom Ostministerium und dem Wirtschaftstab Ost. Es waere fuer mich sehr wichtig, wenn Sie einen Organisationsplan aufzeichnen koennten.

A. Ja, die Schwierigkeit liegt darin, dass ich alles schwer aus dem Gedachtnis rekonstruieren kann. Ich habe eine Dienststelle verlagert gehabt, dort lagen Akten vor. Wenn mir die Moeglichkeit gegeben wurde von hier aus die Dinge zu ermitteln.

40. Fr. Wie sagen Sie, dass es moeglich ist, die verschiedenen Akten zu bekommen?

A. Ich kann nur von meinem eigenen Sektor sprechen. Ich hatte die Abwicklung dieser Vermaessendinge, auch vom Wirtschaftstab Ost. In dieser Eigenschaft habe ich ein kleines Komitee nach Hamburg verlagert und die hatten auch von mir aus die grundsuetzlichen E rlasse.

41. Fr. Wir moechten nur, soweit Sie es wissen, wie das eingegliedert war?

A. Das Ostministerium war kein Ministerium das eigene Befugnis hatte, sondern nur zugelegt hat.

42. Fr. Versuchen Sie bitte bis zum naechsten Mal einen Organisationsplan aufzuschreiben, so gut Sie es wissen und wenn es Zweifel gibt, notieren Sie diese.

A. Damit werden Sie nicht sehr zufrieden sein, ich will mir das genau ueberlegen.

43. Fr. Sie sagen, dass der Wirtschaftsstab Ost viel Aehnlichkeit mit dem Ostministerium gehabt hat?

A. Man kann sagen nicht. Der Wirtschaftsstab Ost war militaerisch aufgezogen und merkwuerdiger Weise, arbeitete Ostministerium und Wirtschaftsstab sehr wenig zusammen.

44. Fr. Wer war die Personenlichkeit, die die Dienststelle beim Ostministerium und beim Wirtschaftsstab Ost gehabt hat?

A. Das waren die drei Ministerien, Wirtschaftsministerium, Reichsforstamt und Ernuehrungsministerium und die Personenlichkeit war auch gleichzeitig im Wirtschaftsstab Ost und hatten dort auch Chef-Gruppen, ^{Schlatterer} SCHLATTERER, BARTH und RUNTE.

FR. PERKERT

45. Fr. Welche Stelle hatte PERKERT gehabt?

A. Es ist mir nur erinnerlich, dass er in der Ukraine war; ich kann mich nicht erinnern, dass er im Ostministerium gewesen ist. Er war auch nicht im Wirtschaftsstab Ost. PERKERT soll sich das Leben in Dachen genommen haben.

10-10-1947
Museum - v. 15. 4. 47

Institut für Zeitgeschichte - Archiv



Interrogation-No. 962 A

Vernehmung des Hermann REINBOTHE
am 15.4.1947, von 14.00 - 15.00 Uhr
durch Hr.: SCHNEIDER
Stenogr.: Marg. PORTKY

1. Fr. Sie heissen ?

A. Hermann REINBOTHE.

2. Fr. Sie sind sich bewusst, dass Sie noch unter Eid stehen ?

A. Dazu habe ich eine Frage, verteidigen Sie mich als Anklagevertreter oder als Gericht ?

3. Fr. Als Zeuge.

4. Fr. War es schon 1942 als Sie zum Ostaministerium gekommen sind ?

A. Ich sagte schon, es war anfangs Febr. oder im März 1942.

5. Fr. Hatten Sie die Treuhandverwaltung?

A. Die sollte ich aufbauen.

6. Fr. Bei welcher Hauptabteilung ?

A. Ja, da gab es zunächst zwei Hauptabteilungen und zwar bei Hauptabteilung III, Wirtschaft, die SCHLOTTERER gehabt hatte, was ich schon erzählt hatte und gleichzeitig auch; ich habe es mir aufgeschrieben und versucht aufzuzeichnen.
- Skizze wird vorgelegt. Ich war bei III Wirtschaft und bei II. Es ist etwas schwierig darzustellen, weil sich vieles geändert hatte.

7. Fr. Wo ist das Büro vom Ostaministerium in Berlin gewesen ?

A. Das Ostaministerium hatte viele Büros gehabt etwa 30. Es gab keine einheitliche Unterbringung.

8. Fr. Aber die Hauptverwaltung ?

- A. die hatten wieder einzelne Fachhauptabteilungen und die waren eingegliedert in den Ministerien. Zum Beispiel die gewerbliche Wirtschaft III, war in der Nähe des Wirtschaftsministeriums und die anderen waren zum Teil auch verschieden untergebracht. Nachher war es so, die Abteilung Politik und ein kleiner Teil der Verwaltung kam in das Gebäude der früheren russischen Botschaft, da war auch ROSENBERG und ein paar Ministerialdirektoren, die waren immer angelehnt an den Führungsteilen. Aber die einzelnen Referentenabteilungen waren all getrennt untergebracht.
9. Fr. Aber in diesem Ministerium etwas zu erreichen und da die verschiedenen Abteilungen so getrennt waren, war es doch notwendig ziemlich viel Sitzungen abzuhalten ?
- A. Ja, die Zusammenarbeit innerhalb der Hauptabteilungen war äusserst lose die war auch ziemlich schlecht. Es fanden wohl innerhalb der Hauptabteilungen Sitzungen statt, die aber später wieder einschliessen. Ich habe auf meinem Gebiet viel mit der Buchführung zu tun gehabt, hatte auch die Buchhalterabschreibungen fuer die Rechtsform, da habe ich dann die betreffenden Männer aus den verschiedenen Abteilungen zusammengehabt...
10. Fr. Sind die Richtlinien von ROSENBERG gekommen, oder hat der politische Führungstab eine Rolle gespielt ?
- A. Nein, ich habe eigentlich auf meinem Gebiet direkt ohne Hilfe diese Sachen bearbeitet, da keiner von meinen Sachen etwas verstand. Ich habe schon bei der ersten Sitzung nichts erreichen koennen und fachliche Anweisungen ueberhaupt nie bekommen.
11. Fr. Aber so eine Politik durchzufuehren, wie es in Russland war, da konnten doch die einzelnen Abteilungen nicht selbststaendig sein. Es musste doch eine Zusammenarbeit geben ?
- A. Ich erzaehte doch schon das erste Mal von einer Verordnung. Die Fragen

gingen auf dem Dienstwege ueber SCHLOTTHER, von II an den Staatssekretaer, innerhalb der Abteilung bzw. Hauptabteilung wurde sie nochmal durchgesprochen und dann zu ROSENBERG zur Unterschrift; so war der Gang. Und bei wichtigeren Aufgaben wie z.B., die Rueckgabe des von den Russen nationalisierten Eigentums der Estlaender, Litauern, die in erster Linie eine politische war und von politischer Bedeutung waren, diese Fragen die wurden im grossen Kreise behandelt, wo auch BERGER teilnahm und die politische Abteilung. Natuerlich hatte ich auch bei Spezialbesprechungen, einen Referenten der mit der Ukraine zu tun hatte, herueber gerufen.

12. Fr. Inwiefern ist BERGER taetig gewesen oder hatte Interesse gezeigt in der Gesamt-politik, insoweit die Verwaltung vom Ostministerium betroffen war ?
- A. Das kann ich schwer sagen, ich habe nochmal ueber diese Dinge nachgedacht. Ich kann nicht mal sagen, wie der Fuehrungstab zusammengesetzt war.
13. Fr. Zum Beispiel in der gewerblichen Wirtschaftsabteilung hier, da gibt es eine Unterabteilung Arbeitseinsatz?
- A. Ob die nicht von vorneherein selbststaendig war, das ist eine Frage, die ich nicht aus dem Gedachtnis beantworten kann. Sie war spaeter eine Abteilung ausserhalb der gewerblichen Wirtschaft.
14. Fr. Jedenfalls musste so eine Abteilung von der politischen Abteilung kontrolliert werden ?
- A. Das moechte ich annehmen. Mir faellt jetzt ein, es herrschte immer die grosse Streitfrage betreffts Abzug von Arbeitskraeften. Die Maenner draussen sagten oft mit Recht, dass sie die wirtschaftlichen Aufgaben der Truppe nicht mehr durchfuehren koennen, wenn hier die Arbeitskraefte abgezogen werden.
15. Fr. Wer hat die Abteilung Arbeitseinsatz gehabt ?
- A. Ministerialrat SEIL, erinnere ich mich.
16. Fr. Wann ist der dabei gewesen ?
- A. Es kann sein, Ende 1942.

17. Fr. Wann haben Sie ihn zuletzt gesehen ?

A. Das kann Mitte oder Ende 1944 gewesen sein.

18. Fr. Wo ist er zu Hause ?

A. Das weiss ich nicht.

19. Fr. Wissen Sie seinen Vornamen ?

A. Nein. - Ich meinte zu hoeren, er sei in einem Internierungslager; er kann auch im Prozess ROSENBERG vernommen worden sein.

20. Fr. Welche Dienstreisen haben Sie gemacht ?

A. Ich bin erstmals in Estland, Lettland und Litauen gewesen, ein paar Mal wohl in Minsk, Smolensk Borisow und einige Male in der Ukraine.

21. Fr. In welchem Jahr waren Sie in Minsk ?

A. Das ist alles schon solange her.

22. Fr. Sind Sie im Jahre 1944 ueberhaupt draussen gewesen auf Dienstreisen ?

A. Ein paar Mal.

23. Fr. Wann waren Sie in Osten ueberhaupt ?

A. Es ist so gewesen, dass ich ab Dezember 1943 im Wirtschaftsstab Ost und anschliessend dann spaeter im Ostministerium die Abwicklungsgeschichte uebernommen habe. Also eine rein negative buerokratische Arbeit, die keine Anwesenheit mehr draussen erforderlich machte, sondern eben eine Abrechnungsangelegenheit war. Es kann allerdings sein, dass ich noch 1944 in Minsk gewesen war.

24. Fr. Als Sie Ihre Reise gemacht haben, sind Sie mit dem Zug, oder mit dem Wagen gefahren ?

A. Entweder mit dem Zug oder mit der Militaermaschine.

25. Fr. Als Sie mit dem Zug durch das Ostgebiet gefahren sind ist es Ihnen aufgefallen, dass es mehrere Lager gab, wo Jugendliche drinnen waren ?

A. Ich habe wohl Zuege gesehen, d.h. Gasterwagen, die mit Arbeitskraeften, also mit Menschen, Richtung Reich fuhren.

26. Fr. Waren das hauptsächlich Jugendliche oder Ältere ?
- A. Ich glaube es nicht.
27. Fr. 14 oder 18 Jahre ?
- A. Nein, da waren Frauen dabei.
28. Fr. Haben Sie irgend welche Sitzungen mitgemacht, die beim Ostministerium stattgefunden haben ?
- A. Ja.
29. Fr. Grössere Sitzungen ?
- A. Ja, ich erwachte schon mit BERGER diese Sache, wo sämtliche Abteilungsleiter da waren oder ihre Vertreter und auch die wichtigen Abteilungen.
30. Fr. Waren das die Sitzungen im Sommer 1943 ?
- A. Das muss wohl im Herbst 1943 gewesen sein, ich kann es nicht genau sagen.
31. Fr. Wer war alles dabei ?
- A. Normalerweise waren die Ministerialdirektoren dabei.
32. Fr. Sind Wehrmachtangehörige da gewesen, höhere Offiziere ?
- A. Ich kann mich nicht erinnern.
33. Fr. Was ist da besprochen worden ?
- A. Es wurde diese Spezialangelegenheit der Reprivatisierung durchgesprochen. Es nahmen verschiedene Hauptabteilungen Stellung, ob sie es begrüssten oder nicht.
34. Fr. Hat ROSENBERG bei dieser Sitzung gesprochen ?
- A. Ja.
35. Fr. Und HERMAN auch ?
- A. Ja.
36. Fr. Wissen Sie noch das Hauptthema von BERGER ?
- A. Ich kann mich nur erinnern, dass es auf mich Bezug hatte und dass ich nur auf gewisse wirtschaftliche Schwierigkeiten hinwies und ich hatte den Eindruck, dass ich nichts an der Idee ändern konnte.

37. Fr. Hatte BERGER von Aufstellung baltischer Divisionen in dieser Sitzung gesprochen?

A. Das kann ich nicht sagen. Ich weiss wohl, dass jemand gesagt hatte, dass eine bessere Behandlung der Balten notwendig sei und es würde dem Reich so und so viele 100000 oder 200000 Mann Soldaten einbringen, dass es eben schon aus diesem Grunde von Vorteil waere.

38. Fr. Hatte BERGER bei dieser Sitzung von Bandenbekämpfung und Partisanenkampf gesprochen?

A. Das weiss ich nicht mehr.

39. Fr. An den Sitzungen bei denen Sie teilnahmen, welchen Eindruck hatten Sie von BERGER bekommen, bzw. welches Interesse hatte BERGER im Osten gehabt, was wollte BERGER erreichen?

A. Ich hatte den Eindruck, dass die Absicht war, dem sehr schwachen ROSENBERG, was ich unter schwach verstehe, seine Nachgiebigkeit und Weichheit im durchsetzen, den Ruckeln zu stellen. Insbesondere in der Politik, auch im Verhalten gegenüber dem Gauleiter ROCH. Es war ein offenes Geheimnis, dass die Reichskommissare das galten, in erster Linie fuer ROCH und auch LOOSE, dass sie taten was sie wollten und einfach keinen Disziplin hielten. Das war mein Eindruck den ich hatte.

40. Fr. Hat BERGER kein Interesse gezeigt fuer die Ueberstellung von Einheiten im Osten, oder Einberufung von Leuten im Osten zur Wehrmacht oder SS?

A. Das weiss ich nicht.

41. Fr. Koennen Sie sich an irgendwelche Punkte erinnern, die BERGER vertreten hat im Ostministerium - Hauptpunkte - ?

A. Ich habe selbstverstaendlich nachgedacht, ausser diesen allgemeinen Dingen ist mir nichts eingefallen.

42. Fr. Kennen Sie folgende Leute, oder sind Sie mit diesen Leuten in Beruehrung gekommen, oder was wissen Sie von der Taetigkeit dieser Leute : Erstens Ministerialdirigent Dr. BRAUNTIGAM ?

A. Ja, den kenne ich, weil er in der politischen Abteilung war, er hat entweder mit Weiss-Ruthenien oder mit der Ukraine zu tun gehabt. Während KLEIST mit den baltischen Ländern zu tun gehabt hat und ich habe mit ihm zu tun gehabt z.B. mit der Frage dieser Agrar-Ordnung. Ich hatte zwar nichts damit zu tun, aber ich wirkte mit, weil das eine Frage war, an der ich auf Grund meiner Funktion beteiligt war.

43. Fr. Was war die Agrar-Frage ?

A. Das war die Frage unter welchen Formen überhaupt das Eigentum ^{an die} ~~oder~~ Begründer zurückgegeben werden sollten. Es war an sich eine Neugründung Landwirtschaftlicher Eigentümers, die in den verschiedenen Stappen vor sich gehen sollte.

44. Fr. Was sollte mit den Kolchosen geschehen ? Sollten die jemand gegeben werden, oder aufgeteilt werden ?

A. Ich kann mich nur erinnern, dass zunächst mal der Bauer, Grundeigentum bekommen sollte an seinem Haus und zwei Morgen Land. Aber eine Aufteilung war noch nicht vorgesehen, denn nach meiner Meinung war das der erste Schritt, also mehr eine Proklamation mit relativ geringen rechtlichen Änderungen.

45. Fr. Was wollte das Ostministerium erreichen bei dieser Politik mit den Kolchosen und Landwirtschaft im Allgemeinen, was war das Ziel ?

A. Das Ziel hier war ein Wiedereigentumsbegriff, den sie zu beschaffen versuchten und als Befreier vom Bolschewismus auftreten wollten. Dies war allerdings in einer späteren Zeit in der Zwischenzeit war der Plan verschlagen worden, was die Einheimischen verbitterte.

46. Fr. Was denn ?

A. Hauptsächlich die scharfe Politik, die KOCH geschaffen hatte. Er machte eine neue Währung und veranlaßte die Einheimischen, ihre Rubel auf das Konto einzuzahlen und hat dann die Konten sperren lassen.

47. Fr. Wann war das ?

A. Das muss im Jahre 1942 gewesen sein.- Dann auch noch das Auftreten der Gebietskommissare, das hat auch noch dazu beigetragen, die einheimische Bevölkerung verhasst zu machen. Sie kennen ja sicherlich diese grüne Mappe, die vor dem Einmarsch erfasst worden ist, die habe ich auch gesehen und worüber ich sehr entsetzt war, welche teerichten Dinge da drinnen standen und ueber die Ausbeutung der Bevoelkerung.

48. Fr. Welche grüne Mappe ?

A. Das ist eine Mappe, die soll vor dem Einmarsch aufgestellt worden sein.

49. Fr. Wer hat die Mappe ausgestellt ?

A. Das weis ich nicht. Ich habe Sie erst im Mai vielleicht 1942 bekommen. Damals war sie eigentlich schon in vielen Punkten ueberholt. Auch auf meinem Gebiet, an die ich mich aber nicht gehalten habe und verschiedene Massnahmen die getroffen werden sollten, Treuhänderwirtschaften usw. Diese Dinge waren nicht unbekannt geblieben, trotzdem sie geheim gehalten wurden. Ich habe selbst die teerichten Dinge erlebt. Vieler der politischen Maenner waere es unter ihrer Muerde gewesen mit diesen Menschen ueberhaupt nur zu sprechen. Ich habe jedenfalls sehr unguenstige Eindruecke ueber das persoenliche Verhalten der Gebietskommissare gehabt.

50. Fr. Zu welchem Zweck sollten die Landwirtschaftsfuehrer im Osten produzieren ?

A. Ich bin mal zu einer grossen Versammlung geschickt worden, bei der GOERING eine Rede hielt, dass die Ukraine gesichert werden muss, um die Ernaehrung in der Heimat zu sichern, das glaube ich war mit Stalingrad, wo es rueckwaerts ging. Dann natuerlich auch noch, ich muss mich verbessern, vorallen Dingen um die Ernaehrung der Truppe. Ob das die Truppe insgesamt bekommen hat, das weis ich nicht, jedenfalls die Truppenmaesse die wir im Osten hatten, war betruechtlich.

51. Fr. Wenn Massnahmen oder Richtlinien oder eine Politik bei irgend welcher Abteilung beabsichtigt war, musste die vom Fuchrangestab genehmigt werden ?
- A. Das kann ich nicht sagen.
52. Fr. Zum Beispiel die Angelegenheit der Treuhandverwaltung, was war der Zweck von der Treuhandverwaltung, was wollte man erreichen ?
- A. Man kann es eigentlich nur formulieren. Man hatte den Eindruck, dass fuer die herrenlos gewordenen und ohne Eigentuerer vorhandenen Betriebe der Sowjet Union irgend ein Ersatz geschaffen werden musste. Das war eine nebelhafte Vorstellung, die man hatte. Was im einzelnen zu machen war, das wusste man nicht. Man hat es immer hinausgeschoben.
53. Fr. Und wenn es keine Treuhandverwaltung gegeben hat, wie hat der Betrieb funktioniert ?
- A. Es war so, die wichtigsten Betriebe wurden gesteuert bei Einfluss von den grossen Ostgesellschaften.
54. Fr. Wer hat die Betriebe uebernommen ?
- A. Die Betriebe sind uebernommen worden im grossen und ganzen von den Ostgesellschaften und zwar schon im Operationsgebiet, nicht erst in der Zivilverwaltung und zu einem Teil wurden Treuhander bestellt von den Wirtschaftseinspektionen und es war so, dass z.B. saemtliche ernahrungswirtschaftliche Betriebe nicht nur etwa die Muehlen etc., sondern bis zur Schokoladen- und Bonbonfabrik usw., die wurden alle betreut von einer grossen Ostgesellschaft und der Zentralhandelsge-
von der Zentr.Handelsges.
sellschaft Ost. Oder die Schwerindustrien, insbesondere von der Ukraine, Berg- und Huetteneist G.m.b.H. Die Textilbetriebe und zwar bis zu den verarbeitenden Betrieben einschliesslich von der Ost-Faser. Die Betriebe die mit Mineraloelen zu tun hatten, von der Continentale-Oel A.G. bzw. von der Tochtergesellschaft. Ausserdem hatte KOCH, um sich von Berlin abzuschirzen, eine ganze Reihe ukrainische Gesellschaften gegrundet ...

55. Fr. Ausser den Gesellschaften die ROCH unterstanden, was unterstanden die Gesellschaften im allgemeinen ?

A. Die Zentralgesellschaft Ost, das war eine Gruendung des Ernahrungsministeriums, das kann der FLEISCHBERGER, der auch hier ist, besser sagen. Die Leiter der Ostgesellschaften sind hier. Herr KERR war Aufsichtsratsvorsitzender, waehrend FLEISCHBERGER kaufmaennischer Leiter war.

56. Fr. Waren die zusammengebunden mit den verschiedenen Ministerien ?

A. Die Ministerien waren vertreten in den Aufsichtsraten, ich kann es heute nicht mehr sagen. Wer z.B. Aufsichtsrat in der Zentralhandels-gesellschaft Ost war, das kann ich nicht sagen. Jedenfalls wurden sie gesteuert und beeinflusst nicht vom Ostministerium, sondern praktisch von den Fachministerien.

57. Fr. Wie hat BERGER eingegriffen, um die Politik einheitlich zu machen, wenn die verschiedenen Gesellschaften, verschiedenen Ministerien unterstanden ?

A. Ich glaube garnicht, dass BERGER in der politischen Abteilung oder Ostgesellschaft viel eingewirkt hat. BERGER selbst hat fuer wirtschaftliche Probleme keine Neigung und keine Erfahrung und die politischen Dinge, wie die Behandlung der Bevoelkerung, oder andere Dinge, Ernahrungssache fuer die Bevoelkerung, das waren Fragen die man besprechen konnte innerhalb des Ostministeriums.

58. Fr. Ja, aber die hingen auch ab von den Gesellschaften ?

A. Sicher, denn die Gesellschaften ihrerseits, mussten dem staatlichen Organ gehorchen. Also unmittelbare Einflussnahme ausserhalb der Fachministerien auf die Gesellschaften fanden nicht statt. Es war eben vollkommen auseinander organisiert, keine einheitliche Bildung, sondern die Schwierigkeiten der unterschiedlichen Auffassung der Reichsministerien, platze auch im Ostministerium zusammen.

59. Fr. Dr. BRAUTIGAN war Ministerialdirigent als er beim Fuehrungstab Politik war, war er da immer noch bei seinem Ministerium ?

A. Die Hauptabteilung Politik war ja eine der wenigen Abteilungen, die war nicht

mehr angelehnt als Instruktion an anderen Ministerien. Ich kann nicht sagen aus dem Auswertigen Amt, das war die einzige Abteilung, die eigene Abteilung des Gesamtministeriums war.

60. Fr. aber um eine einheitliche Politik zu haben, da mussten doch die verschiedenen Ministerien durch den Fuehrungstab - Politik - arbeiten, um die Massnahmen irgendwie einheitlich zu machen ?

A. Aber ich weiss davon nichts, Sie koennen ja letzten Endes gewerbliche Aufgaben, wo Sie meinetwegen vom Vierjahresplan oder vom Wirtschaftsministerium bestimmten Direktiven haben... Das ist eine rein wirtschaftliche Aufgabe, wie jede andere auch.

61. Fr. Sind Sie je mit dem Hauptbannfuhrer NICKEL zusammengekommen, haben Sie von ihm gehoert ?

A. Wo soll er gewesen sein. - Kann ich mich nicht erinnern.

62. Fr. Inwiefern sind Sie vom politischen Fuehrungstab beeinflusst worden, bei Ihrer Mitarbeit im Gesamtministerium ?

A. Ja, eigentlich sehr wenig, mit Ausnahme der Fragen von Eigentum ueber die Reprivatisierung.

63. Fr. Welchen Standpunkt hat die Abteilung Politik vertreten ?

A. Die war ELBIST und er war ausgesprochen fuer eine Grosseuegigkeit der Baltischen Laender. Es kann auch sein, dass in einer Sitzung von BERGMAN diese Frage, eine grosse politische Selbstverwaltung in den drei baltischen Laendern zu geben, aufgeworfen wurde. Ich erinnere mich an einen Erlass, worin die Versuche zu einer grossen politischen Selbstverwaltung der baltischen Laender gemacht worden ist.

64. Fr. Was wollte man erreichen bei dieser unabhangigen Verwaltung im Baltikum ?

A. Man wollte eine grosse Leistung in der Kriegsindustrie erreichen ...

65. Fr. Und dieser Erlass ist 1943 herausgekommen ?

A. Es muss schon frueher ein Erlass herausgekommen sein, der Haupterlass an den ich mich erinnere muss 1943 herausgekommen sein und zwar kurz vor der Reprivatisierung, aber im Zusammenhang mit diesen Gesamtaussnahmen.

66. Fr. Wenn nun solche grosse Massnahmen durchgefuehrt waren, wie z.B. Arbeitseinsatz in Deutschland, das Herausziehen von Leuten aus Russland um sie nach Deutschland zu bringen. Trotzdem es von SAUCKEL gemacht worden ist, musste es doch einigermassen vom Ostministerium kontrolliert worden sein, besonders von der politischen Seite ?

A. Ich kann nicht ganz genau sagen, wie der Instanzenzug war, ob die Erlasse von SAUCKEL nur ueber das Ostministerium an die unterstehenden Dienststellen gingen, oder ob die Reichskommissare und Generalkommissare Befehle erteilten. Wohl erinnere ich mich z.B., dass im Ostministerium in der Frage der Behandlung von russischen Arbeitskraeften in Deutschland Gesuehungen gemacht worden sind, ihr Los zu erleichtern. Ich erinnere mich auch, dass vom Ostministerium mit Erfolg Versuehe gemacht worden sind, diese Anweisungen, die auch von der Partei herausgekommen sind, zu verbessern und auf die vernuenftige Bahn zu lenken.

67. Fr. Wie waere das zum Beispiel vor sich gegangen, wenn man Luftwaffenhelfer und Helferinnen von Russland holte ?

A. Davon ist mir nichts bekannt, ich hoerte es nur in der Zeitung.

68. Fr. Es waere vielleicht praktisch gewesen, fuer die SS, Helferinnen zu bekommen, weil doch BERGER einerseits der bei der SS war und andererseits beim politischen Fuehrungstab war ?

A. Davon weiss ich nichts, mir ist nur bekannt, dass der Hoehere SS - und Polizeifuehrer, ausserhalb der Ostverwaltung die Befehle empfang. Wir hatten ueberhaupt das Gefuehl einer restlosen Anarchie.

69. Fr. Ist Ihnen bekannt geworden bei Ihrer Reise oder Ihrer Arbeit, dass die

SS, Helfer- und Helferinnen im Osten einziehen wollte ?

A. Davon habe ich zum ersten Mal.

.....

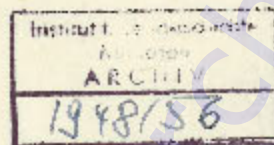
Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Yuturog - vol. 4-47

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Interview Nr. 928 B

auf Veranlassung von
Hr. Petersen SS-Unters.



VERBODEN

Herrn Reinhold am 17. April 1947
11,00 Uhr durch Hr. Schneider
"Geogr.: E. Becker."

F: Ihren Namen bitte!

A: Hermann Reinhold.

F: Sind Sie sich bewusst, dass Sie unter Eid stehen?

A: Ja.

F: Ich habe heute eine Angelegenheit mit Ihnen zu besprechen,

namlich die Angelegenheit des von den Herren nationalisierten Eigentums der
Schlesier und Litauer. Sichert waren die Herren Reinhold und Litauer selbst-
ständig?

A: Ja.

F: Und wann kamen die Herren hier?

A: Ich habe mir das auch schon überlegt; es das in An-
schnitt an den politischen Verlauf gesehen ist, wobei ich nicht, ich würde
es so, ich kann es nicht erklären. Wir sind 1941 einmündig, und ich
erinnere mich, dass die Nationalisierungsgesetze ein Jahr
früher lagen.

F: Und was war damals diese Aktion, das Eigentum des
Eigentums zu verstaatlichen?

A: Es muss nach dem politischen Feldzug gewesen sein, das musste sich ja feststellen lassen. Die politische Abteilung, und zwar der Ministerial-Dirigent Klein hat schon seit langem die Rechte der Eigentümer verwaltet und sich schon vorher mit dem betriebswirtschaftlichen Problemen beschäftigt.

F: Wie ist das vor sich gegangen, sind die Eigentümer ausgezahlt worden, oder sollte Abrechnung werden geteilt?

A: Es sind durch die Generalversammlung Nationalisierungs-Ämter, die jeden einzelnen Betrieb betreuen, solche Ämter von der Regierung, oder von der betriebswirtschaftlichen Regierung, die einzelnen Betriebe verstaatlicht, oder nationalisiert wurden. Ich habe ein Beispiel dafür: Bei der Maschinenfabrik (M.F.) in Basel wurde es so gemacht, dass die Vermögenswerte nationalisiert werden, die Verpflichtungen in Franken und Lira aber auf die bisherigen Besitzer blieben. Es wurden nicht die Aktien der Firma nationalisiert, aber eine Gesellschaft G.M.F., welche es werden die Firma mit Vermögen nationalisiert. Nach meiner Erinnerung kannten sich die Herren sehr wenig davon, was die Aktien mit ihren Positionen wirklich später wurde noch wesentlich verlangt, dass die Aktien bei der M.F. Basel abzugeben seien.

F: Wann hat diese sogenannte "Nationalisierung" stattgefunden?

A: , Ja, ich meine an -auch das kann ich nur rückwirkend sagen (1943) vor sich gegangen sein. In Basel, wie ich schon ausgeführt habe, eine grundsätzliche Besprechung steht, in welcher das Paar und "Hocher" dieses Problems besprochen wurde, wie die Rechte der Eigentümer erfüllt sollte, und dass waren die Verhandlungen, die Grundlagen, die erforderlich waren, um das durchzuführen, besteht.

F: Wer hat das gemacht zu dieser Zeit?

A: Ich selbst bin an der technischen Ausführung und Be-
stellung der Verhandlungen mitbeteiligt gewesen und habe sogar
vorher den Auftrag bekommen, in Riga mit der Behörde des Reichslands-
manns, die deutschen Industrie- und handwerklichen Interessen einzeln an Ort
und Stelle vor so fortzusetzen, dass die Verhandlungen erleichtert werden
konnten.

F: Und wer von Ministerium, oder von politischen Handlungs-
stelle hat an dieser Aussprache teilgenommen?

A: Das kann ich nicht mehr sagen. Ich möchte aber annehmen,
dass Burger auf jeden Fall dabei war, das sagte ich ja schon, dass das
war ja meine Erinnerung an seine Person, dass bestimmt Kleist.

F: Kennen Sie den Namen von Kleist?

A: Den kenne ich nicht. Ministerial-Direktor Kleist war
Abteilungsleiter für die politischen Angelegenheiten in der Hauptabteilung
Politik des Ministeriums.

F: Aus welchen Gründen wollte man den halten die Schritte
zurückgehen?

A: Man kann das vielleicht so sagen, dass Kleist, ^{der} ~~der~~ be-
auftragt hat, bevor sie in ein entscheidendes Stadium kamen, ein An-
hänger der Methode war, um solche Angelegenheiten, die man beendet hatte, selbst
regulieren lassen. Das war seine Haltung, die er immer schon vertreten hat.

F: Welche Vertreter von der Reichswehr oder von der Marine
haben an der Organisation so großes Interesse?

A: Das kann ich nicht sagen. Ich habe lediglich einmal
einen Oberleutnant, dessen Namen ich nicht mehr weiß, aus Berlin kennen-

gekauft, sonst wäre ich nicht davon. Ich habe zwar einzelne Sachen gekauft, aber ich kann mich nicht mehr erinnern.

F: Gab es ein 30-Jahresjubiläum?

A: Das weiß ich nicht.

F: Inwiefern ist das Eigentum zurückgegeben worden?

A: Wir haben uns damals zu einer sehr grossartigen Lagerung entschlossen, nämlich, dass die Betriebe, so wie sie standen, mit etwelchen Sachen und Ausrüstung, fast ausschließlich des Reichskommissars zur Verfügung gestellt werden, und zwar nicht aus technischen Gründen, sondern aus organisatorischen. Das wurde sehr schnell durchgeführt.

F: Sind irgendwelche dieser Betriebe einer Ost-Gesellschaft übertragen worden?

A: Mir ist nicht erschienen, dass Betriebe abgegeben wurden. Allerdings hängt sich die Deprivatisierung, nach meiner Erinnerung, nur auf Betriebe, die armutlich waren. Es konnte sein, dass nicht einmal Betriebe abgegeben wurden, die einem Verlusten gegenüber, so der Verlust nicht armutlich war.

F: Es musste also der Eigentümer da sein?

A: Ja.

F: Und was ist mit den Betrieben geschehen, die von nicht zurückgegeben wurde, weil die Eigentümer nicht armutlich waren?

A: Die übrigen Betriebe sind ^{unverändert} bei der ^{unverändert} Verwaltungen verblieben, oder es wurden Treuhänder bestellt, die blieben also in der Treuhänderverwaltung.

F: Ist dieses ganze Program stammte von Postwurstaub Politik?

A: Ja, ich kann nicht genau sagen, wie die Willensbildung im Einzelnen zustande kam. Es sieht aber aus, als ob der Initiator dieser Dinge gewesen.

F: Welche Angelegenheiten sind Ihnen näher bekannt, oder das Postwurstaub Politik bekannt?

A: Ich kann leider nicht die Arbeit des Postwurstaubs sehr genau sagen.

F: Ich spreche nur von wichtigen Angelegenheiten im Zusammenhang?

A: Das kann ich nicht sagen.

F: Welche Politik hatte man zur Ausführung der Imperialisierung gehabt?

A: Die Imperialisierung brauchte man keine Politik. Die Betriebe waren ja in der Verwaltung der Ostgesellschaft, oder einem Unternehmen. Ich erinnere mich noch, dass eine besondere ^{Beauftragung} ~~Beauftragung~~ vorbestanden war. Die Beauftragung dabei spielte ja die Bedeutung des Grund und Bodens an besonderen Betrieben.

F: Wer war der Person-Personal beim Geheimdienst?

A: Himmelman.

F: Wie ist sein Name?

A: Den weiß ich nicht. Er muss mit Freytag beim Verbleiben des Reiches gewesen sein.

F: Ist er Freytag von Beruf gewesen?

A: Nein, ich glaube er war Journalist und Schriftsteller beim Verbleiben des Reiches.

F: Wie sah er aus? Kennen Sie mir eine Beschreibung von
Thomson geben?

A: Klein, etwas korpulent, dunkles Gesicht.

F: Wie alt ungefähr?

A: Ich schätze 30/35 Jahre.

F: War er bei der 100?

A: Das weiss ich nicht.

F: Wo ist er jetzt? Wann haben Sie ihn zum letzten Mal gesehen?

A: In der Internatschule.

F: Wann?

A: Ich weisse gegen darüber Auskunft geben.

F: Wie kommt man aus Schweizerland über wirtschaftliche Ber-
atungen. Wer war das?

A: Ober-Verwaltungsrat Helvetia.

F: Kennen Sie das Vernehmen von Helvetia?

A: Nein.

F: Wann haben Sie ihn zuletzt gesehen?

A: Ich habe keine in der gleichen Zeit gesehen.

F: Wo ist Helvetia jetzt?

A: Das weiss ich nicht, er soll in Freiheit sein, er soll
nicht verhaftet worden sein.

F: Kennen Sie seinen Namen?

A: Das weiss ich nicht.

F: Wie ist sein Name?

A: Das weiss ich auch nicht.

Fr 1942 war noch Stellvertreter der Leiter der Hauptabteilung Technik?

As Ja.

Fr Ist Chef der Verwaltungsteilung?

As Ministerial-Direktor Fests.

Fr Wann haben Sie diesen zuletzt gesehen?

As Fests wurde von der Hauptabteilung II beurlaubt, etwa Ende 1943 wieder, oder Anfang 1944.

Fr Wo war er zu dieser Zeit?

As Er war Erster Regierungs-Präsident in Jena/Leipzig.

Fr War Ministerium beteiligt?

As Das weiss ich nicht, ich habe ihn in Internatslager 2 oder 3 mal gesprochen.

Fr Ist Schlichter?

As Der war Leiter der Hauptabteilung gewerbliche Wirtschaft.

Fr Wann haben Sie ihn zum letzten Mal gesehen?

As Schlichter habe ich wahrscheinlich gesehen Anfang, oder Mitte des Jahres 1944. Er hat dann, soviel ich wusste, Ende 1944 zur Wehrmacht gegangen.

Fr Ist der Leiter der Abteilung "Erzeugung und Industriestoffe"?

As Riecke.

Fr Ist die Abteilung Technik?

As Ja Ministerial-Direktor, den ich vor mir sehe. Ich habe versucht, auf seinen Namen zu lauschen, leider kann ich nicht darauf. Er war Erster Staatssekretär bei Fests, ich kann mich nicht auf seinen Namen entsinnen.

F: Kennen Sie Renschling?

A: Ich kenne ihn im Geheimministerium kennen, er war auch Ministerial-Direktor in der Hauptabteilung Politik. Ich kenne ihn lange nicht mehr gesehen. Ich glaube, dass er auch schon vor 1918 aus dem Geheimministerium ausschied, wenn ich mich nicht täusche.

Die Hauptabteilung Technik ist sehr bald aus dem Geheimministerium wieder herausgezogen und wurde dann von Spoor, beziehungsweise diesem Staatssekretär unmittelbar geleitet. Ich habe versucht, die Entwicklung in dieser Abteilung zu schildern, soweit ich das konnte. Die Organisation ist aber etwas geändert worden.

F: Wie passt eigentlich der "Arbeitsminister" in diesen Plan?

A: Ich bin mir nicht darüber klar, wo der Arbeitsminister zu Beginn seiner Tätigkeit organisiert u. untergebracht war. Ich habe versucht - ich habe auch die Propaganda gemacht - dass er in der Abteilung gewerbliche Wirtschaft untergebracht war. Ich kann auch nicht sagen, ob der Ministerial-Direktor Reil am Anfang diese Tätigkeit ausübte, jedenfalls später war Reil Leiter der Abteilung Arbeitsminister und unterstand natürlich unmittelbar dem Geheimminister, später dem Geheimminister der Hauptabteilung Wirtschaft unter dem Namen Altmeyer.

F: In welcher Richtung hatte Burger Einfluss auf die verschiedenen Abteilungen?

A: Ich möchte sagen, dass in Grossen und Kleinen die Einwirkungen unter dem Geheimminister Burger erfolgten.

F: Kennen Sie Dr. Jung von Geheimministerium?

A: Ja, er war der Leiter der Finanzabteilung.

F: Wann haben Sie ihn zum letzten Mal gesehen?

A: Lange wurde eingesperrt und soll jetzt gefangen sein, es wurde mir ersucht während der Inhaftierung. Ich habe ihn gesehen wahrscheinlich im Jahre 1943 zum letzten Mal.

F: Haben Sie im Bereich Arbeitsbereich irgendwelche Be-
suchsangelegenheiten mit der Dienststelle "Mittel"?

A: Nein, ich bin nicht erinnerlich, auch nicht, dass eine
Dienststelle Mittel vorhanden war.

F: Sie haben von der Lagerverwaltung gesprochen, und mir
sagten Sie, dass sie nur durchgesehen wurden konnten, wenn der Lagerleiter
nicht anwesend war?

A: Das ist meine nicht ganz genaue Erinnerung.

F: Können Sie mir beispielsweise den Prozentanteil angeben, der
Beträge, die repräsentiert werden konnten und welche nicht?

A: Nein, das kann ich nicht sagen.

F: Könnte die Mehrheit der Beträge und Güter geschätz-
ten werden?

A: Das kann ich nicht sagen, dass es wurde ja der Wert der
Beträge eine Rolle spielen.

F: Können Sie ungefähr: könnte die ganze Masse geschätz-
tet werden, oder nur 1 oder 2 Prozent?

A: Schon aus dem Grunde kann ich es nicht, weil ich damit
nicht zu tun hatte. Ich habe es tun gehabt mit dem Inhalt der Kasse war,
die nach meiner Erinnerung nicht von Arbeitsleiter, sondern von Arbeits-
inspektor erkannt wurde, und ich selbst hatte schriftliche Differenzen mit
dem Arbeitsinspektor haben gehabt, die für mich sogar eine Lebensgefahr-
liche Angelegenheit nach Tilsit zur Folge hatte.

F: Zu welcher Zeit waren Sie in Tilsit?

A: Ich sehe an, das wird wohl Mitte/Ende 1943 gewesen sein. Ich kann das nicht genau sagen. Diese Karten, die man sich immer wieder vornehmen, auf Grund einiger Begrenzungen, selbst herzustellen.

F: Gerade weil Sie ziemlich Differenzen hatten, möchte ich annehmen, dass Sie wissen, ungefähr, ob die Mehrheit der Betriebe verschlossen wurde, oder ob es sich nur um eine kleine Anzahl handelt?

A: Ich habe in Erinnerung die Fortsetzung, dass eine Reihe wichtiger Betriebe nicht zur Liquidierung kamen, und zwar nicht wegen ihrer Wichtigkeit, sondern einfach nur das Ergebnis—

F: Dass die Liquidierung nicht mehr da war?

A: Nicht nur, sondern auch jüdische Betriebe.

F: Sind das sehr viele gewesen?

A: Die wichtigsten Betriebe waren in jüdischer Hand.

F: Gehört nun sagen könnte, dass die Mehrheit der Betriebe nicht mehr verschlossen wurde, weil die jüdischen Arbeiter nicht mehr da waren?

A: Jüdische Betriebe waren an sich ausgeschlossen von der Liquidierung, das ist richtig. Ich kann Ihnen nicht das Mengen- und Fortsetzungssatz sagen.

F: Es ist eine ganz andere Frage, die sich interessierte Lagestellung in Bezug auf die Fortsetzung in der Ukraine vornehmlich hat. Können Sie mir da etwas sagen?

A: Ja, ich kann Ihnen auch nichts sagen. Ich habe dabei in Erinnerung, dass immer die Fortsetzungsbefugnis eine oft langwierige Angelegenheit war, u.ä. man war eine Menge mal mehr die Ursache gewesen ist.

F: Stimmt die Fortbildungsausschreibung mit der Ausschreibung
bezüglich der Fortsetzung?

A: Das möchte ich so nicht verstehen.

F: Wie kommt nun Bürger zu bestimmten Aufgaben in der Fort-
bildungsausschreibung?

A: Das würde ich nicht.

F: In Ihrer Zeit war überhaupt das Amt Vertriebs abgelehnt?

A: Ja, in Ostdeutschland.

F: Waren Bürger auch die Fortbildungsmittel unterstellt?

A: Das würde ich nicht.

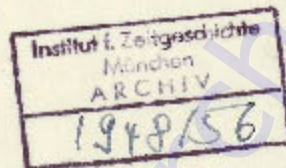
Meeting. v. 22. 9.

47

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Interpretation Nr. 142 C

auf Veranlassung von Hr. Petersen
am 22. April 1947



VERNEHMUNG

Kern Reinbothe

durch Hr. Schneider am 22.4.1947/9, 30. 47

Stempel: K. Reinbothe

F: Ihren Namen bitte?

A: Kern Reinbothe

F: Sie sind sich bewusst, dass Sie noch immer unter Eid stehen?

A: Ja.

F: Ich möchte heute von Ihnen wissen, was Sie unter Gegenseitigkeitsvereinen verstehen?

A: Der Ausdruck Gegenseitigkeitsvereine ist nicht fixiert, unter Gegenseitigkeitsvereinen im Allgemeinen diejenigen, die in Rußland gegründet wurden mit dem Ziel, wirtschaftliche Aufgaben im russischen Gebiet durchzuführen.

F: Von wem wurden die Gegenseitigkeitsvereine gegründet?

A: Das ist unterschiedlich; im Allgemeinen von den Reichsministerien wobei man unterscheiden kann zwischen den Stellen, die offiziell als Gründer auftraten und der Stelle, die die Gründung veranlaßt hat.

F: Sind die Gegenseitigkeitsvereine in Deutschland gegründet worden mit dem Ziel, dass man die Betriebe in Gefangenschaft verwalten konnte?

A: Die Aufgabe der Gegenseitigkeitsvereine war Betriebsführung, und zum großen Teil Handel. Es waren nicht nur Produktions-, sondern gleichzeitig auch Handelsgesellschaften, z.B. die Deutsche Handelsgesellschaft Ost war

Ministerium so stark wie die Treuhandgesellschaft.

P: Mit welchen Betrieben hatten sie sich befaßt?

A: Nach ihrer Schätzung, nach ihrer speziellen Ansicht. Ich sagte schon, die Zentrale Handelslagengesellschaft ist, die gewerblichen Betriebe, hatten nicht die rein landwirtschaftlichen Grundstücke, sondern eine Treuhandverwaltung von landwirtschaftlichen Betriebsmitteln, einer Landwirtschaftsbetriebe, die hinfür zur Erzeugung von Schafwolle.

P: Welche Betriebe kamen hier in Frage, die Betriebe, die von dem Staat selbst verwaltet wurden oder von dem Ministerium, oder in Betrieben die Betriebe, die an die deutschen Regierungen zurückgegeben wurden, oder welche Betriebe waren das, die von den Treuhandgesellschaften betreut wurden?

A: Soweit ich mich entsinne, wurde bei den Treuhandgesellschaften ein Interesse nicht gesucht. Sie wurden gegründet und gingen an zu arbeiten zu einem Zeitpunkt, wo diese Dinge relativ wenig geklärt waren. Ich bin nicht gegenseitig worden.

P: Wenn man von Treuhandgesellschaften spricht, was versteht man unter dem Wort Betreuung eines Betriebes oder der Landwirtschaft?

A: In Allgemeinen nicht das, was bei uns eine Farmgruppe macht, sondern Betriebe Treuhandgesellschaft, also Betriebsführung in eigener Regie, oder wie das später erfolgte, durch Betreuungen. Bei der Bergwerke ist wurden zu einem späteren Zeitpunkt deutsche Betriebe herangezogen, die für bestimmte Betriebe der Schwerindustrie die Treuhandverwaltung übernehmen.

P: Das hat sich praktisch ausgewirkt als volle Übernahme der Betriebe?

A: In einer Übernahme der Betriebe, aber Treuhandverwaltung.

F: Sollen Sie sagen, dass das keine Enteignung war?

A: Ja, das möchte ich sagen. Aber ich sagte schon, diese ganzen Dinge waren zunächst juristisch nicht geklärt, sie sind später erst geklärt worden; also das war keine Enteignung. Ausserdem kann man sagen, dass fast alle Betriebe, oder vielleicht sogar alle Betriebe, die die Volksgesellschaft übernahm, mit geringen Ausnahmen, Staatsbetriebe waren, denn auch in den belgischen Staaten war die Nationalisierung schon durchgeführt.

F: Führt das nun später der Staat die Aufgabe der Revolution an die früheren Besitzer zurück?

A: Ja.

F: Dies ist doch in erster Linie eine Enteignung der vorhergehenden Besitzer?

A: Nein, diese Rückführung bezieht sich auf die Reprivatisierung und die Reprivatisierung hatte zum Gegenstand die Rückgabe von primärem Eigentum, das von den Russen weggenommen worden war, nicht von deutscher Seite.

F: Welche Betriebe wurden von den Volksgesellschaften betreut?

A: Zunächst muss ich darauf aufmerksam machen, dass ich nicht selbst Betriebe verwaltet, oder Betriebe eingeteilt habe, sondern das erfolgte durch die Treuhandverwaltung der Reichskammer der Reichsbank von diesen Stellen nur noch die verbleibenden Betriebe, die noch keinen Treuhänder hatten, mit Treuhändern versehen. Die Volksgesellschaften waren bereits früher ins Leben gerufen und hatten früher zu arbeiten begonnen, als die Treuhandverwaltungen, sodass man sagen kann, dass die wichtigsten Betriebe von den Volksgesellschaften betreut wurden,

und das Schicksal der Preussischverwaltungen war in der Urkunde sehr gering, weil in der Urkunde, zuerst den in Reich geglaubten Gesellschaften der Reichsminister noch bewiesene absolute Gesellschaften im Leben gesehen hat, in Gegensatz zu den belästigten Ländern, wo dortige Gesellschaften der Reichsminister nicht bestanden, und ich mein Ziel an Anfang meiner Arbeit darauf gerichtet habe, eine Gesellschaft, die die Reichsminister schon gesehen hätte in eigene Mittel in die Hand zu bekommen und sich einer Personlichkeit Film zu bedienen, - die es herauslag.

Fr. Wenn solche Gegenstände eingeworfen werden, wie gross waren die Betriebe, oder wieviel Betriebe sind darin eingeschlossen?

4: Die Gesamtcollektionen sind gegrueniet worden, die grossen, zu einem Zeitpunkt, wo man einen Uebersicht ueber das, was im Einzelnen ueblicher durchzufuehren war unter die Zahl und Lage der Betriebe, auch nicht haben.

74. Könnte man sagen, dass eine Organisation gegründet worden ist zu dem Zweck, dass alle Betriebe, alle besonderen Betriebe...

Fr. Wies bestimmten Zweckbestimmungen? Nein, sehr wirtschaftlich zu planen und zu beeinflussen. Die Gesellschaft war nach Komponenten gegliedert.

2: Die Betriebe sollten fast ausschließlich produzieren?

Als das kann man nicht sagen. Das erste war die Befreiung des
Kriegsgebietes. Ein Teil der Volkswirtschaften, der lediglich im Oper-
tionsgebiet tätig war unterstand dem Generalstab nicht. Die Verwalt-
ung G. u. B. u. L. war auch später unterwiegend im Operationsgebiet tätig,
dann die Wirtschaft der Betriebe lag und blieb im Operationsgebiet; denken
Sie an das Weinstöcken, Stellen usw.

F: Zum groeften Teil waren die Betriebe schon unter einer
Freiwerdgesellschaft in Leben gewesen, als das Ministerium den
Betrieb ibernahm, nicht wahr?

A: Es gab bereits in den Bestimmungen des Wirtschaftstatutes
bei der Bestellung von kommissarischen Verwaltern, ein solches In-
stitut wie Freiwirtschaftsgesellschaft. Es ist aber so gewesen, dass von den
Einzelbetrieben des Wirtschaftstatutes bei in sehr vielen Fllen die
Betriebe durch Kaufvertrge als Folge-Betriebe vererbt worden sind.
Es wurde ein Sondergesetz, das die entsprechenden Bestimmungen hatte,
auf den den Betrieb gestet, dass dann man sich daran hielten, wie
die Rechtsform zu sein sollte.

F: Was hat das Ministerium getan, als es den Betrieb ibern-
nahm hat, hat es die Betriebe ertzt oder weiterhine lassen?

A: Die Frage kann ich nur aus meinen spateren Beobachtungen
beantworten, denn ich bin zu einem Zeitpunkt an Ort und Stelle, als
die Entscheidungen schon durchgefuhrt waren. Wenn ich mich nicht sehr
tueusche, hatte die Regierung nicht die Mglichkeit zu ermitteln, die
Entscheidung gegen spater zu ermitteln. Es war kein einheitliches Leben,
das kann man nicht sagen. Es ist wohl so gewesen, dass die Betriebe-
bestimmung mit diesen Problemen nicht zurecht kamen, weil sie nicht
gestanden, wie man diese Dinge zuordnen sollte. Es war in Gegensatz
zu Fllen und den eingegliederten Betrieben keine Rechtsform vorhanden,
die man annehmen konnte. Das sind keine Betriebsunternehmen vor,
keine juristischen Eigentmer, sondern mehr oder weniger nur die
Faktoren, ein Komitee, eine Verwaltung, ibernommen waren noch vor-
handen, aber irgend welche juristische Dinge waren nicht da, also
ein Grundlage der Unterscheid zu den Verhhltnissen der westlichen

Gefüge.

Fr. Und in den teilhabenden Ländern wollte man die Betriebe ausschließen an die Eigentümer, wenn sie auswandern wollten?

Ja, die Verwirklichung war eben nur an Eigentümer, die dort auswandern wollten.

Fr. Und wenn die Eigentümer nicht auswandern wollten?

Ja, die Betriebe blieben dann entweder bei den Ostgesellschaften oder bei Treuhandverwaltungen.

Fr. Was war der Unterschied in politischen zwischen Treuhandgesellschaften und Ostgesellschaften? In Ostministerien hatte man doch die Treuhandgesellschaft, nicht wahr?

Ja, ja.

Fr. Und außerdem gab es Ostgesellschaften. Was ist der Unterschied zwischen beiden?

Ja, die Ostgesellschaft war ein kaufmännisch geleiteter Betrieb mit kaufmännischer Buchführung, ^{der} ~~der~~ nicht nur Treuhandbetriebe in Gestalt eines Zentral-Treuhanders durch Angestellte ausübte, sondern auch Untergesellschaften umfasste, und zwar mit und ohne den gleichen Betrieb, während die Treuhandverwaltung eine Abteilung der Reichs- oder Landesverwaltung war und als eine staatliche Abteilung mit Hilfe einer Bestellung, die juristisch eher einer Verankerung gleichkam, nicht einem Angestelltenvertrag, einzelne Personen zu Treuhandern bestellte, die also nicht Angestellte oder Beamte der Staatsverwaltung waren.

der Unterschied

Fr. Was war der Unterschied zwischen Ostgesellschaft und Treuhandverwaltung?

A: Es hat so gewesen, ich kann zusammenfassen nur aus meiner eigenen Erfahrung sprechen: Die Gegenseitigkeit hat sich in Allgemeinen eingestellt und es gelang mir nicht, einen Kontakt mit der Gegenseitigkeit herzustellen, ja selbst Informationen von ihr zu erhalten. Ich erhielt in die Vorherrschaft der und in die zentrale Handelsgesellschaft der überhaupt erst Kontakt, wenn auch nicht ausreichend, als es sich durch Handelt, die Abwicklung durchzuführen, ich habe u.a. Herrn Fleiger aus Potsdam in Potsdam in Potsdam gesehen, Herrn Fleischer, Leiter der Zentralen Handelsgesellschaft der erst im Jahre 1942 in der Vorherrschaft der Gegenseitigkeit zu zeigen, es war so, dass sich die Handeltwaren in Allgemeinen abwickelten. Es war so, dass eigentlich jeder Handeltwaren selbstständig arbeitete.

F: Welche Ziele gab es, einheitliche oder verschiedene?

A: Eine gewisse einheitliche Steuerung erfolgte durch das Vierjahresplan, dass die Gegenseitigkeit nur im Leben gesehen werden mindestens mit Notwendigkeit oder mit der Initiative des Vierjahresplans. Es war so gewesen: Später wurde auf seine Veranlassung eine Revisionsgesellschaft im Leben geführt, welche ich mit unmittelbaren Beziehungen nicht durchsetzen wollte, ich versuchte, vorerst durch eine Revision eine gewisse Ordnung zu schaffen und die Situation war folgende,-- dass ich das hier einleitet von Frankfurt wurde verboten, eine Handeltwaren nur auswendigen und das Gebührende war zu schwer, um eine Verbindung durchzuführen, die ich erreichen hatte.

F: Wer hat das verboten?

A: Es wurde verboten von den Dienststellen des Reichsministeriums ganz so wie es damals noch war, den Angehörigen der Handeltwaren, wenn sie in ihrem Angehörigen im Reich führen, bei mir

vorzusprechen. Wenn sie kann, lassen sie auf ihr eigenes Risiko, sie lassen beistehen zu mir.

F: Wenn ich nicht recht verstehe, haben Sie bei Herrn letzten Vorleser gesagt-- wir sprechen jetzt von Belgien-- dass die Betriebe so wie sie standen, mit etwelchen Auswärtigen und Abgaben für Auswärtige-- wurde das Reich zur Verfügung gestellt werden.

A: Ich wurde gefragt, wie die Auswärtigen erfolgte, und daraufhin habe ich gesagt die Auswärtigen an die Privatbesitzer erfolgte so, wie die Betriebe standen und lagen, mit Substanzverlusten und Abgang, lediglich die in der Reichswehr enthaltenen Reinerträge verblieben der Reichswehrverwaltung, beziehungsweise dem Reich.

F: Welchen Auswärtigen?

A: Dem Reich-- oder Gesamtwirtschaft.

F: In Belgien gibt es diese Möglichkeiten: I. Betriebe, die in Belgien waren, wo die Eigentümer auswandern waren? II. wo die Eigentümer nicht auswandern waren? Was die Eigentümer haben waren?

A: Nein.

F: Sollte man das weiter nachprüfen, ob die Betriebe vorher von Japan gekauft wurden, oder von Deutschen?

A: Das ist mir nicht bekannt. Bei bekannten Betrieben, da wusste man, was die Betriebe gehörten, aber besondere Untersuchungen sind nach seiner Ansicht nicht durchgeführt worden.

F: Dann sollte es nicht helfen, was man die Betriebe zurückgegeben hätte, wenn die Eigentümer nicht auswandern waren?

A: Nach meiner Erinnerung war auch das die Verpflichtung, zurückzugeben.

Fr: Und wenn die Eigentümer nicht gewesen wären, hätte die
Gesellschaft...

As: Dann bliebe das bestehende Verhältnis bestehen, und mein
Bestreben war ja, das eben das Ostgesellschaften klar zu machen, was
es belang nicht geklärt war, dass sie in ihrer Betriebsführung nur
Freiwilligkeit waren. Das war in den Aussagen nicht ganz klar zum Ausdruck
gebracht.

Fr: Ist Ihnen Osti ein Begriff?

As: Nein.

Fr: Das ist eine Gesellschaft.

As: Was soll die genau bezeichnen?

Fr: Das war eine Wirtschaftsgesellschaft in Ostern gewesen?

As: Ich bin aber nicht sicher, das eigentlich wissen, das kann
nicht sein.

Fr: Hätten Sie ^{Glebocnik} Kontakt mit dem Geheimdienst zu tun,
beziehungsmäßig in wirtschaftlichen Fragen?

As: Ich habe Herrn ^{Glebocnik} nicht, das ist mir kein Begriff.

Fr: Haben Sie den Namen in Ostern nicht gehört?

As: Nein, das glaube ich nicht.

Fr: Die Gelder, die als Erträge in Ostern und in der Ukraine
erzielt wurden sind, gingen zum Teil auch an den Geheimdienst, nicht
wahr?

As: Diese Frage ist mir nicht zu beantworten, und zwar aus
folgenden Gründe. Ich darf zunächst erwähnen, dass es mein Ziel war
durch die Schaffung eines Wirtschaftswissenschaften, die Frage der

„Gedanke - die Betriebe getrennt vom Haushalt untersteht zu unter-
nehmen ein beschränktes Wirtschaftswesen zu bilden. Dieses Ziel
habe ich nicht erreicht. Ich wurde genötigt anzuerkennen, dass die
Erträge der Betriebe in den Haushalt gingen, sie gingen nicht in den
Haushalt des Ministeriums, sondern in den Haushalt der Reichsregie-
rung. Ich selbst habe in meiner ganzen Reichsregierungszeit
über keinen Pfennig verfügt.“

F: Aber das heißt der Haushaltsausschuss war ein Bestand-
teil des Ministeriums?

A: Auch diese Frage muss man schon aus Versicherungsgründen
verneinen, wenigstens gilt das für die Weimarer. Eine Transferierung
findet nicht statt. — Das ist möglich, aber sie hat nicht stattgefunden,
denn aus dem Haushalt der Reichsregierung sollten die benötigten
Bausummen gedeckt werden und diese Bausummen waren
enorm, insbesondere ausserordentlich hoch, da sich ja die kaiserliche
Kasse in sehr geringer Zahl in diesem Gebiet befand.

F: Können Sie mir sagen, wo die ganzen Gelder, die das Mi-
nisterium für seine Zwecke benötigte, hingekommen sind?

A: Der Haushalt des Ministeriums war ein Bestandteil des
Reichshaushalts und wurde aus dem Reichshaushalt nach meiner Ansicht
geführt
und unterstellt.

F: Sollen Sie betonen, dass das Ministerium keinerlei
finanzielle Vorteile hatte von Ostgesellschaften, die in Berlin dar-
über arbeiteten?

A: Mir ist nicht bekannt, dass Ostgesellschaften Erträge
an das Ministerium abgeführt hat. Ich bin über die haushalts-
rechtlichen Dinge nicht genügend unterrichtet.

F: Sie lassen also die Möglichkeit offen, dass das Parlament die Befugnisse zur Verfassung abgibt?

A: Nein, ich halte das für sehr unvorteilhaft, und zwar deswegen - das gilt für den gewählten Sektor -, weil nach unserer Auffassung der Übergang von der Verfassung zum Parlament, sprich zum Parlament, nur Verfügung gewährt werden. Das Beispiel, was einem Beispiel zu dienen: Die Verfassung hat heute noch 10 Millionen Reichsmark erhalten, um wiederhergestellt werden zu können.

F: Eine andere Frage: Wie sieht es denn mit der Verfassungsänderung in der Ukraine aus?

A: In der Ukraine handelt es sich eigentlich sehr schlecht von einer Verfassungsänderung sprechen, es ist denn, dass man sich von Ausdruck bringen will, Eigentum, das in der 1918/1920 enteignet wurde, nach einer langen Zeit wieder zurückzugeben. Dabei geht es um ein hohes Maß an Verfassungswahrung.

F: Sie sagen, dass in den baltischen Ländern das Eigentum zurückgegeben wurde. Ist das?

A: In Estland, nicht in Lettland.

F: In allen baltischen?

A: Ja.

F: Und daraus schliesse ich, dass eine Verfassungsänderung stattfinden muss?

A: Ja.

F: Eine Verfassungsänderung der Verfassung, die es nicht wäre, ja die Verfassungsänderung wählen lassen?

A: Ja, aber.

F: Was wiederum den Willen mässigt, dass man nicht zugewiesen konnte, weil die Eigentümer keine gewesen sind?

A: Nein, es ist so gewesen. Soweit ich mich entsinnere, mussten sich die Eigentümer melden. Und es werden ja ausser den juristischen Eigentümern nicht vernachlässigt z.B. Staatsbetriebe, Betriebe von Reichsdeutschen, Betriebe von Auslandern, Betriebe von juristischen Personen.

F: Betriebe von Reichsdeutschen wurden nicht vernachlässigt?

A: Nein, es sei denn, dass der Reichsdeutsche an Ort und Stelle den Betrieb übernahm. Soweit ich mich entsinnere, war der wirtschaftliche Sinn einer derartigen Übernahme der, dass man durch eine private wirtschaftliche Forderung, die eben dann persönlich zu erfüllen hatte, den Betrieb des Betriebes erhalten konnte.

F: Sie hielt vor der Präsentation der Betriebe, die repräsentiert wurden?

A: Ich muss mich denn auf meine letzte Aussage beziehen, ich weiss es nicht.

F: Wurden Sie nicht die in der Reichszeit nicht unterlag?

A: Sie können verstehen sein, dass ich alles, was ich sagte, mir unterlegt habe, und ich habe die grosse Bitte, dass Sie meine Aussagen richtig verstehen. Ich kann die Dinge nicht aus dem Gedächtnis haben. Ich sagte ja schon, dass die Durchsetzung ohne mein Wissen erfolgte und es einen Zeitpunkt ist, wo Reichsleiter Lohse mir verboten hatte, mein Gebiet zu betreten.

F: Wohin kamen die Betriebe?

A: Welche Ereignisse?

F: Was den in den baltischen Ländern bestehenden Konzentrationslagern?

A: Das weiß ich nicht, ich habe nie mit Konzentrationslagern etwas zu tun gehabt. Ich habe auch - wenn ich das noch sagen darf - mit dem jüdischen Volkswagen, also mit dem kriegslichen Volkswagen nie etwas zu tun gehabt.

F: Wann ist Kleist geflohen?

A: Kleist ist nicht geflohen, Inge ist geflohen. Ich sagte, er wurde nur verurteilt abgenommen, nicht seiner Unterbringung. Kleist soll frei sein, Kleist war Ministerialdirektor im Außenministerium und hatte die Abteilung in baltischen Ländern.

F: War das Kleist, der beim Festungsrat war?

A: Ich weiß das nicht, ich möchte es wissen, dass er dort war, ich hatte die Verantwortung des Festungsrates nicht, er hat damals gesprochen und hat bestimmt auch im Festungsrat gewesen.

F: Kann es möglich sein, dass zwei Männer mit dem Namen Kleist im Außenministerium waren?

A: Nein, er war ja der Experte nur für die baltischen Länder.

F: Sie sind sich nicht sicher, dass es Dr. Kleist gewesen ist?

A: Ich möchte es wissen, ich weiß das nicht genau, ~~aber~~

F: Er war doch ein Kollege von Ihnen?

A: Ja, ich habe sehr viel mit ihm zu tun gehabt.

F: Ich verstehe nicht, wann Kleist frei sein kann?

A: Ihn, wenn ich in der englischen Zone wäre, würde ich auch frei sein.

F: Wer Kleist bei der SS?

A: Das weiss ich nicht.

F: Wo wohnte Kleist, von dem Sie sprechen?

A: Das weiss ich nicht. Ich habe keinen Anhaltspunkt dafür, ich kenne ihn nicht privat, sondern nur dienstlich. Wir hatten gewisse sachliche Gespräche---

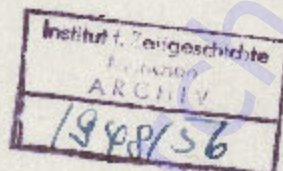
F: Ist er nie zur Front gekommen?

A: Nein, das wusste ich nicht anzusehen. Ich habe ihn, als ich 1944 aus dem Geheimdienst ausstieg, wenig noch gesehen; ich habe nur noch die Abrechnungssachen gemacht.

F: Danke, das ist alles für heute.

16.5.47





VERNEHMUNG

Herrn REINHOLD am 16. Mai 1947

durch Hr. SCHNEIDER 9,45 Uhr

auf Veranlassung Hr. PETERSEN

Stenogr.: R. REMMER.

F: Sind Sie Hermann REINHOLD?

A: Ja.

F: Sie sind schon einmal hier vernommen worden und Sie sind sich bewusst, dass Sie noch immer unter Eid stehen?

A: Ja wohl.

F: Ich komme zurück auf Gottlob RECHER. Bei einer anderen Vernehmung haben Sie gesagt, dass Rosenberg zu schwach war, deshalb kam RECHER zum Ostministerium, um REINHOLD zu unterstützen. Was verstehen Sie unter dieser Unterstützung?

A: Es ist so: REINHOLD konnte sich weder gegenüber den Reichsministerien, noch vor allen Dingen, was das Entscheidende war, gegen seine eigenen Reichskommissare durchsetzen. Sein grösster Widersacher war KOCH, er dominierte, weil die UKRAINE das wichtigste Gebiet war. Ich hatte den Eindruck, dass RECHER mit der Stosskraft der SS versuchen oder helfen sollte, die vollkommen geschwächte Position von REINHOLD gegenüber diesen Instanzen zu stärken. Es war so, dass KOCH es einfach ablehnte, auf irgend welche Befehle zu reagieren. Die Reichskommissare waren von HITLER ernannt und hatten unmittelbaren Zugang zu ihm. Ich erinnere mich, dass bei einer Gelegenheit REINHOLD als erster bei HITLER war, und dann kam KOCH.

F: Die Verwaltungsapparate von ROSENBERG sollten das ausführen, was das Außenministerium geplant hatte?

A: Ja, es war so, dass ROSENBERG -das habe ich schon mal ausgesagt- diese Möglichkeiten hatte. Aber ROSENBERG war, meiner Meinung nach, ein ungutlicher Mensch, er war sehr weich und da war mein Eindruck, dass man ein stärker Mann brauchen sollte, um hier Ordnung zu schaffen.

F: Was konnte ROSENBERG aber durch jemanden anderen ersetzen?

A: Ja, ich kann nur meine Eindrücke wiedergeben. Ich glaube, dass es allgemeine Tendenz war, dass eben immer die Fassade gewahrt werden sollte.

F: Nehmen wir nun an, ROSENBERG wäre gestorben, wäre dann BECKER der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete geworden?

A: Das kann ich nicht sagen. Ich erinnere mich nur so deutlich, als BECKER kam, dass BECKER in seine Funktion knirschen musste, dass dann BECKER -das habe ich auch nur gehört- weil er BECKER selbst geschrieben hat und bei ihm vorstellig geworden ist, sodass die Position, die BECKER ursprünglich wohl erstrebt oder die für ihn vorgesehen war, nachher nicht bekommen hat. Wie gesagt, das ist mein allgemeiner Eindruck.

F: Inwiefern konnte man sagen, dass BECKER der Nachfolger von ROSENBERG war?

A: Das war er nicht, das hat ihn wahrscheinlich vorgeschwebt, das weins ich nicht. In den regulären Verwaltungsdingen, also ausserhalb der Politik, habe ich ihn nie erlebt.

F: Jedenfalls hat man BECKER eingesetzt, weil er der stärkere war, dass er mit anderen Ministerien verhandeln sollte, wenn ROSENBERG nicht fähig war.

A: Ja, das ist mein Eindruck, weil er eben die Position erhielt; denn wenn BECKER tatsächlich erster Staatssekretär und Stellvertreter ROSENBERGS

geworden wäre, dann hätte er noch eine ganz andere Reaktion gezeigt.

F: Praktisch war BÜCKER eine größere Stütze als MEYER?

A: MEYER an sich war nicht sehr gesehen.

F: Trotzdem muss man annehmen, dass BÜCKER sehr wichtig sein musste, wenn man die ebenen Organisationsstruktur rekonstruiert. Was war MEYER?

A: Grundsätzlich. MEYER hatte vor allen Dingen ein Kissen bei HITLER und das war sehr entscheidend; ich kann das nur einkreisenmäßig wiedergeben. Es war so, dass MEYER drei Tage in Berlin tätig war und 3 Tage in seinen Ges. Dadurch war der ganze Apparat blockiert, wenn er nicht da war, konnte nichts gemacht werden.

F: War BÜCKER ständig in seinem Amt gewesen oder ist er viel herumgewandert?

A: Ich habe nie von der Wichtigkeit BÜCKERS gehört, ich habe ihn auf einzelnen Sitzungen erlebt. Was er tatsächlich machte, kann ich nicht sagen, ich habe ihn nie gesehen, wir waren regelmäßig vollkommen getrennt.

F: Hatte BÜCKER obersteht Verbindungen zu den Reichsministern?

A: Das weiss ich nicht.

F: Ich wundere mich, wie eigentlich das Verhältnis zwischen den Reichsministern und BÜCKER war.

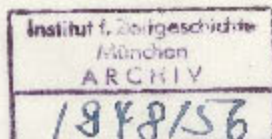
A: Das weiss ich nicht, das kann ich auch nicht sagen.

Dr. SCHNEIDER: Das ist alles für heute.

Handwritten: 10.6.47

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Interrogation-No. 962 E



Vernehmung des Hermann REINBOTH
am 10. Juni 1947, von 14.00 bis 15.20 Uhr
durch: Mr. SCHNEIDER
Stenographin: Elise Baer

F.: Sie sind derselbe Hermann REINBOTH, den ich schon vernommen habe ?

A.: Ja.

F.: Sind Sie sich bewusst, dass Sie immer noch unter Eid stehen ?

A.: Ja.

F.: Sie waren beim Ostministerium in der Treuhandverwaltung ?

A.: Ja.

F.: Zur selben Zeit haben Sie diese Aufgaben beim Wi-Stab gehabt ?

A.: Ja, zunächst allein im Ostministerium und später gleichzeitig im Wirtschaftsstab Ost.

F.: Im Ostministerium war die Treuhandverwaltung in der Hauptabteilung Verwaltung ?

A.: Sie war ursprünglich gleichzeitig in der Hauptabteilung "Gewerbliche Wirtschaft" und in der Hauptabteilung "Verwaltung". Später wurde sie dann aus beiden Hauptabteilungen herausgenommen und unmittelbar dem Gauleiter MEYER unterstellt und später wieder allein in der Hauptabteilung "Wirtschaft".

F.: Nun kommen wir zum Thema "Reprivatisierung". Am 19. August 1941 hat Reichskommissar LOEBE eine Bekanntmachung erlassen, dass das gesamte Eigentum der UdSSR vom Reich beschlagnahmt wird. Wissen Sie davon ?

A.: An ein Datum kann ich mich nicht erinnern, aber die Grundsätze dieser Bekanntmachung sind mir bekannt.

F.: Was war das ganze Eigentum was die UdSSR im Ostland, Lettland, Litauen usw. gehabt hat ?

- A.: Das war der ganze Grund und Boden, die Bodenschätze wurden verstaatlicht und die Banken, die Wirtschaftsbetriebe, soweit es sich nicht um Handwerksbetriebe handelte. Letztere wurden in einer Art Genossenschaft zusammengefasst und auch der Hausbesitz von einer gewissen Grössenordnung an, ich glaube von etwa 150 bis 200 qm Wohnfläche an, wurde verstaatlicht. Es war etwa nach denselben Grundsätzen, wie sie früher in Russland selbst durchgeführt wurden.
- F.: Die deutsche Regierung hat dieses Eigentum uebernommen ?
- A.: Im Ostland ist eine Verordnung gemacht worden. Ich weiss nicht genau, ob sie vom Wirtschaftsstab Ost oder vom Reichskommissar gemacht wurde. Ich glaube aber, dass sie vom Reichskommissar erlassen worden ist.
- F.: Zu welchem Zweck hat man diese Betriebe und Landwirtschaften uebernommen ?
- A.: Irgendwie mussten die Betriebe weitergefuehrt werden und an die Stelle der von den Russen aufgebauten Organe musste etwas anderes treten.
- F.: Zu welchem Zweck sollten die Betriebe weitergehen ?
- A.: Sie sollten dazu dienen, sowohl der Existenz der Bevoelkerung zu dienen, wie den Bedarf der Truppe zu decken.
- F.: Was sollte theoretisch unternommen werden auf die Reprivatisierung
- A.: Die Reprivatisierung ist erst spaeter gekommen. Sie ist bereits im Sommer 1942 ercoertert worden, ist aber erst Mitte 1943 praktisch geworden, also relativ spaeter.
- F.: Was fuer eine Rolle spielte die Ostgesellschaft in der Verwaltung dieses ganz grossen Landbesitzes, der Betriebe, Geschaeftse usw. ?
- A.: Die Verordnung ist nur ein Stein in dem wirtschaftlichen Mosaik gewesen. Es gingen eine Reihe von Massnahmen neben- und durcheinander. Zunaechst hatte die Truppe bzw. der Wirtschaftsstab Ost auch mit der Wirtschaftsverwaltung zu

tun, waehrend die Reichskommissariate erst spaeter auftraten. Die Dienststelle des Wirtschaftsstabes Ost setzte vielfach kommissarische Verwalter ein und dann begann bereits und zwar aufgrund eines Auftrages des Beauftragten des Vierjahresplanes die Ostgesellschaften zu arbeiten. Man kann nicht sagen, dass ein einheitliches Schema vorhanden war.

F.: Nehmen wir einen praktischen Fall, wie die "Landbewirtschaftungsgesellschaft Ostland"?

A.: Ich hatte dienstlich mit der Gesellschaft nichts zu tun, weil sich mein Aufgabengebiet auf die gewerbliche Wirtschaft beschränkte, nicht mit den Grundstuecken usw.

F.: Die "Zentral-Handelsgesellschaft Ost m.b.H." hatte doch ein Monopol im Ostland ueber landwirtschaftliche Erzeugnisse und die ist auch in Berlin gegrueudet worden. Wie ist der Zusammenhang dieser Gesellschaft mit dem Ostministerium?

A.: Meines Wissens zunaechst mal keiner, denn sie wurde gegrueudet vom Ernahrungs-Ministerium im Zusammenwirken mit dem Vierjahresplan.

F.: Es war doch der Zweck, fuer Deutschland zu produzieren?

A.: Das ist schwer zu sagen. Erstens wird es wohl fuer die Truppe gewesen sein und hat sicher auch Erzeugnisse in das Reich eingefuehrt. Auch diese Gesellschaft, wie alle grossen Ostgesellschaften entzogen sich der Einwirkung der Treuhandverwaltung.

F.: Wie konnten die Gesellschaften in den besetzten Gebieten funktionieren ohne Mitwirkung des Ostministeriums?

A.: Die Gesellschaften hatten ein Auftragschreiben vom Beauftragten fuer den Vierjahresplan, das sie den oertlichen Organen (im allgemeinen der Dienststelle des Wirtschaftsstabes Ost) vorwiesen. Es war ja auch so, dass viele Betriebe verlassen, ohne irgendeinen Besitzschutz vorgefunden wurden.

F.: Wie viele dieser Ostgesellschaften oder ähnlichen wirtschaftlichen Organen mit Monopolrechte sind von Deutschland im Baltikum gegründet worden ?

A.: Zunächst die grossen Ostgesellschaften, das war die "Zentral Handelsgesellschaft Ost", "Ostland-Faser" als Tochtergesellschaft der "Ostfaser", dann die "Berg- und Huetten G.m.b.H. Ost", die aber meiner Erinnerung nach nur 2 oder 3 Betriebe in Ostland hatte. Dann die "Baltische Oel- und Oelvertriebs G.m.b.H." als Tochtergesellschaft der "Continental Oel AG.", später auch die "Stein und Erden Ost G.m.b.H." und dazu kamen eine Reihe von dem Ostland selbst gegründete Gesellschaften.

F.: Nicht deutsche ?

A.: Doch, aber im Reichskommissariat selbst gegründete Gesellschaften, wie z.B. die "Landwirtschafts Gesellschaft", aber auch andere Gesellschaften. Urspruenglich bestand auch der Plan, eine Reihe von Betrieben in eine "Ostland G.m.b.H." zusammenzufassen. Die "Ostland G.m.b.H." wurde auf mein Betreiben hin aufgelöst, weil sie Gefahr fuer Korruption bot.

F.: Die Gesellschaften wurden von der deutschen Regierung ausgeleitet ?

A.: Man kann es so beantworten, dass sie privatwirtschaftliche und privatrechtlich aufgezogene Gesellschaften waren, die auf Veranlassung des Reiches gegründet wurden und den Weisungen des Reiches unterstanden.

F.: Mitte 1943, als die Reprivatisierung praktisch geworden ist, welche Massnahmen sind getroffen worden, um die Reprivatisierung durchzufuehren ?

A.: Der Reichskommissar fuer das Ostland hat Verordnungen erlassen, die vorher mit dem Ostministerium, dem Beauftragten des Vierjahresplanes und anderen Stellen abgestimmt waren.

F.: Wer konnte sein Eigentum zurueckbekommen ?

A.: Soweit ich mich erinnere, zunächst einmal bauerlicher

Grundbesitz, dann Hausbesitz und Gewerbebetriebe, soweit sie bestimmten Voraussetzungen entsprachen (nur einheimische Betriebe).

F.: Wenn die Besitzer von Russen verschleppt waren, was ist dann mit den Betrieben geschehen ?

A.: Meiner Erinnerung nach, setzte die Wiedererlangung des Eigentums einen Antrag voraus. Betriebe, bei denen sich die Antragsberechtigten nicht meldeten, verblieben in dem bisherigen Rechtszustand.

F.: Wenn die vorherigen Besitzer Juden waren ?

A.: Dann war es auch dasselbe.

F.: Und wenn die vorherigen Besitzer Kommunisten waren ?

A.: Es gab den Begriff des staatsfeindlichen Vermoegens, aber die Einzelheiten der Formulierung sind mir nicht mehr erinnerlich. Es hat auch meines Wissens im August 1941 ueber die Einziehung und Beschlagnahme von Vermoegen im Ostland eine Verordnung gegeben, wobei im Gegensatz zu dem russischen Staatsvermoegen, bei diesen Vermoegen vom Reichskommissar auch die Einziehung in der Verordnung ausgesprochen wurde.

F.: Es gab doch auch baltischen Grundbesitz, der seit etwa dem ersten Weltkrieg erworben wurde. Soweit wir wissen, ist dieser Grundbesitz nicht zurueckgegeben worden. Aus welchem Grunde gab es diese Unterschiede ?

A.: Soweit ich mich erinnere, hat man auf die Zeit der russischen Enteignungsmassnahmen abgestellt und nicht auf fruhere Zeiten, in denen wie z.B. beim Grossgrundbesitz die Bodenreform in den drei baltischen Laendern durchgefuehrt worden ist. Ausserdem war als Grundsatz in den Reprivatisierungs-Verordnungen, meiner Erinnerung nach aufgenommen, dass es sich um einheimischen Besitz handeln muss. Als Einheimischer wird meines Wissens nur derjenige angesehen, der im Augenblick des Erlasses der Reprivatisierungs-Verordnung in den baltischen Laendern taetig war. Also auch Reichsdeutsche kamen meiner Erinnerung nach nicht zum Zuge bei der Reprivatisierung.

vatialisierungs-Verordnung. Ich erinnere mich, dass von Seiten der Baltendeutschen stark auf die Rueckgabe ihres Besitzes gedraengt wurde. Diesem Draengen wurde aber, auf den eben erwachten Gruenden nicht stattgegeben.

F.: Was ist mit diesem Grundbesitz oder Eigentum geschehen, das Baltendeutschen gehoerte, die 1939 umgesiedelt wurden ?

A.: Das sogenannte Baltendeutsche Vermoegen, d.h. das deutsche Vermoegen das nach Staatsvertraegen mit Russland in den baltischen Laendern zurueckgelassen wurde, wurde nicht von Dienststellen des Reichskommissariats oder Ostministerium, sondern von der deutschen Umsiedlungs-Treuhand A.G. (DUT) auch weiterhin bewirtschaftet.

F.: Die DUT ist doch entschaedigt worden von der zustaendigen Regierung von Lettland oder Estland fuer dieses Eigentum ?

A.: Das weiss ich nicht.

F.: Wie viel von dem Besitz ist zurueckgegeben worden ?

A.: Diese Frage kann ich nicht beantworten, weder wertmaessig noch prozentmaessig. Ich glaube mich zu erinnern, dass den groessten Anteil die baeuerlichen Grundstuecke und der Hausbesitz hatte, waehrend der Anteil bei den gewerblichen Betrieben wohl geringer war, mir aber nicht erinnerlich ist. Das liegt zum Teil an den komplizierteren Besitzverhaeltnisse bei groesseren gewerblichen Besitzen usw.

F.: 1942 ist veroeffentlicht worden, dass die "Landbewirtschaftungsgesellschaft Ostland G.m.b.H." nur dem Reichskommissar fuer das Ostland verantwortlich war. Stimmt das ?

A.: Beide Reichskommissare hatten immer das Bestreben, ohne den Berlinerstellen zu arbeiten. Juristisch wird es stimmen, praktisch wird aber das Reichsernahrungs-Ministerium bzw. die entsprechende Hauptabteilung des Ostministeriums weiter einen Einfluss gehabt haben.

- F.: Es gab auch Faelle, wo Fabriken vom Ostland nach Deutschland verlagert worden sind. Z.B. von Riga eine Kunstseidenfabrik.
- A.: Davon ist mir nichts bekannt. In der Ukraine habe ich so etwas festgestellt, aber im Ostland ist mir so ein Fall nicht erinnerlich.
- F.: Stimmt es auch, dass verschiedene Betriebsbesitzer wieder angestellt worden sind, nicht als Besitzer sondern als Betriebsfuehrer?
- A.: Das wird bestimmt vorgekommen sein.
- F.: Aus welchem Grunde hat man die Fabrik nicht zurueckgegeben, wenn der Besitzer anwesend war?
- A.: Die ganze Frage der Rueckgabe der Betriebe war eine voelkerrechtlich, wie privatwirtschaftlich sehr komplizierte Angelegenheit. Ich selbst stand z.B. auf dem Standpunkt, dass es richtiger sei, den Zustand im Lande so zu lassen wie man ihn angetroffen hatte und derartige Massnahmen auf die Zeit nach dem Kriegsende zu verschieben. Es kam hinzu, dass seit der Verstaatlichung der Betriebe durch die Russen ja mehrere Jahre vergangen waren, die man nicht einfach wieder ausloeschen konnte. In der Zwischenzeit hatte sich das Betriebsvermoegen, die Einkuenfte des Betriebes, die Rechtsverhaeltnisse, die Inhaber usw. veraendert. Es war eine mehrfache Geldentwertung durch das Landgegangen und alle Veraenderungen waren technisch kaum noch durchfuehrbar, sodass eine wirkliche Reprivatisierung im eigentlichen Sinne nichtmoeglich war. Der Betrieb wurde deshalb nachher auch bewusst so wie er stand und lag an die fruheren Eigentuerer zurueckgegeben. Ausserdem musste jeder Wechsel in Inhaberschaft und Form, der Betrieb eine gewisse Unruhe in der Produktion mit sich bringen, die man zunaechst vermeiden wollte und dann fuerchtete man auch eine Reihe politischer Ansprueche, wie z.B. die der Baltendeutschen, des neutralen Auslandes usw. Ich erwaehne diese Dinge nur, um aufzuweisen, dass diese Dinge in der Durchfuehrung doch sehr kompliziert waren.

F.: Stimmt es, dass LOHSE das Recht hatte, Eigentum den Leuten zu geben, die nicht aus der einheimischen Bevoelkerung stammten ?

A.: Dies ist mir nicht erinnerlich. Alle Eigentumsuebertragungen die nicht die Zustimmung des Ostministeriums und des Vierjahresplanes trugen, waren durch die Verordnung ueber das Wirtschafts-Sondervermoegen vom Sommer 1942, ausdruuecklich fuer nichtig erkluert worden. Mir ist von einer solchen Sondervollmacht von LOHSE nichts bekannt.

16. 6. 47

VERNEHMUNG

Karlmann REINHOLD am 16. Juni 1947

durch Hr. SCHREIBER 10,00 Uhr

Stenogr.: R. JÄGER.

F: Sie heißen Karlmann REINHOLD?

A: Ja.

F: Wollen Sie bitte diese eidgenössische Befragung genau durchlesen, evtl. Berichtigungen vornehmen und jede Einzelne unterschreiben, (eidgenössische Befragung (7-fach) wird vorgelegt).

Wir sprechen das letztemal von einer anderen Verwaltung von LÖWE. Auf der einen Seite hatte man die Ortsgesellschaften und auf der anderen Seite die Genossenschaften, die im besetzten Gebiet selbst gegründet worden. Was war nun der Unterschied zwischen den beiden. Wie arbeiteten sie, was war der Anlass zur Gründung, was waren sie verantwortlich?

A: Im Allgemeinen war es so, dass die ortsbefehligen Genossenschaften stärker an die Dienststellen des Reichskommissars gebunden waren, und zwar insbesondere, dass nicht nur die Genossenschaftler, die vom Reichskommissar bestimmt waren, sondern die Dienststellen der Genossenschaften vertreten waren. Der Anlass zur Gründung war etwas verschiedener. Ich erwähnte, glaube ich, schon einmal in einer früheren Vernehmung, dass LÖWE unter anderem die Absicht gehabt hatte und auch zum Teil umgesetzt durchgeführt hatte, die wichtigsten und wertvollsten Betriebe des Ostlandes in eine besondere Ost-G.m.b.H. zusammenzuführen, um deren Ertrags nach eigenen Gutdünken zu verwalten, eine Absicht, die dann später durch mich durch persönlichen Eingreifen ver-

hinfort wurde. Die Gesellschaften wurden wieder aufgelöst.

F: Inwiefern hat LÖNN es für möglich gehalten, durch Bekannte oder persönlich solche Gesellschaften zu gründen?

A: Ich kann nur sagen, dass ausschließlich beachtet war, u.B. die Ostland GmbH. H. wie einem "schwarzen Fonds" zu benutzen. Dies ist ein Betrug, der nicht der Kontrolle der Reichsregierung usw. unterliegt, den man aus Kassamitteln abzweigt, ohne ihn wirklich in Haushalt erscheinen zu lassen. Das war wohl etwa die Absicht von LÖNN, wobei die Frage, ob es ein gesellschaftlicher Zweck für das Ostland sein sollte oder ob das eine persönliche Rolle spielte, dahingestellt sein kann.

F: Hatte LÖNN irgend einen Erfolg damit?

A: Nein, ich habe die Unterstützung von allen Berliner Stellen gewünscht, insbesondere auch die von Vierjahresplan, was sich aber nicht schlagen hat. Ich habe mir dadurch die persönliche Feindschaft von LÖNN zugezogen. Es kam hinzu, dass er in dieser Gesellschaft eine ausgesprochene korrupte Persönlichkeit, einen gewissen Dr. FRIEDL aus KIEL eingesetzt hatte, dessen auch später bei Unreue und Betrug, meines Erachtens, originellen. Über persönliche Beziehung von LÖNN ist mir nichts bekannt.

F: Wenn Betriebe innerhalb des Ostlandes veraltet wurden sind von der Regierung, die später eingestrichen wurde, hatte die direkte Beziehung zu BERLIN gehabt?

A: Es ist so gewesen, dass eine ganze Reihe von Betrieben von Treuhändern verwaltet wurden, die von den Treuhänderverwaltungen des Reichshandelsrats oder der Generalinspektion bestellt worden waren und diese Dienststellen waren nichts anderes als Abteilungen der General- und Reichshandelsrats. Sie erhielten ihre Befehle zunächst nur von Dienststellenleiter und der Einfluss der Berliner Stellen in Einzelheiten war sehr gering.

F: Aber theoretisch sollten die Anweisungen von BERLIN zu den verschiedenen Treuhändern gehen?

A: Nur in grundsätzlichen Angelegenheiten über Fragen der Rechtsbeziehungen, Prüfung, aber nicht in Einzelheiten.

F: Wenn man einen Vergleich zwischen den Ostgesellschaften und den Treuhänderverwaltungen anstellt, war war das überwiegend?

A: Ich möchte zur Erinnerung sagen, dass die Ostgesellschaften überwogen, insbesondere dann, wenn man die landwirtschaftlichen hinzunimmt.

MR. SCHNEIDER: Das ist alles für heute.

Institut für Zeitgeschichte
ARCHIV
1948/56

KURZSTÄTTLICHE BILDBIENDE.

Ich, Hermann WEINBOTH, schwöre, dass aus und richtig, wie folgt:

(Par.1.) Ich bin am 24. Oktober 1902 in GUSSENHOF geboren, habe bis zum Jahre 1921 das Gymnasium in KERN besucht und das Abitur da auch gemacht.

Bis zum Jahre 1924 habe ich Rechtswissenschaft und Staatswissenschaft studiert und machte dann mein Referendar-Examen, 1925 mein Doktor-Examen.

1926 wurde ich Gerichts-Assessor und ging nach DRESDEN.

Ich war zuerst im ^{Reichs} Arbeitsbeschäftigungsdienst für Kriegsgesunden als Referent tätig. Ab Dezember 1928 war ich in der Hauptstelle der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung tätig.

In Jahre ¹⁹³² 1930 wurde ich persönlicher Referent des damaligen Präsidenten der Hauptstelle der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung Dr. SYRUP. Im Juni 1932 wurde ich Sachbearbeiter des Reichskommissars für den Freiwilligen Arbeitsdienst. Später wurde ich Abteilungsleiter beim Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst.

Im März 1933 wurde ich ^{von} in den NS-Arbeitsdienst aus der Tätigkeit entlassen und kam zur Reichsanstalt zurück.

Im Juni 1935 wurde ich zum Oberregierungsrat befördert und kam nach OPPEN als Leiter des Arbeitsamtes.

Ab 1. März 1938 wurde ich zur Finanzierungsabteilung des Reichswirtschaftsministeriums als Referatsleiter einberufen, ab 1. Januar 1942 in die neu eingerichtete Ostabteilung des Reichswirtschafts-

ministerium als Referatsleiter, und zwar als Referent fuer Finanzierungsangelegenheiten.

1940 wurde ich zum Ministerialrat befördert.

Am 1. März/April 1942 wurde ich in der gleichen Eigenschaft beim Reichsministerium fuer die besetzten Ostgebiete eingesetzt mit Beibehaltung meiner Aufgaben im Reichswirtschaftsministerium.

Ab 1. April 1943 wurde ich gleichzeitig zum Wirtschaftsstab Ost eingesetzt als Leiter der eingerichteten Sondergruppe "Erwerbsverwaltung".

Meine Tätigkeit im Wirtschaftsstab Ost war am 15. Februar 1945 beendet.

Am 3. April 1945 wurde ich dem Führungsstab Sud des Reichswirtschaftsministeriums zugeteilt, dessen Leiter Ministerialdirektor MEHRL war, mit dem Dienstsitz in WIESSEN.

Bis April 1945 erhielt ich den Auftrag die Leitung der Verbindungsstelle des Reichswirtschaftsministeriums in BERLIN zu übernehmen. Zu einer praktischen Durchführung kam es jedoch nicht mehr.

R
Par. 2.) Mir ist erinnerlich, dass 1941 Reichskommissar LUBE eine Bekanntmachung erlassen hat, wonach das von der UdSSR nationalisierte Eigentum in ESTLAND, LETTLAND und LITHAEN beschlagnahmt wurde. Die Massnahmen hatten ^{der UdSSR} den ganzen Grund und Boden, die Bodenschätze, die Banken, die Wirtschaftsbetriebe - soweit es sich nicht um Handwerksbetriebe handelte - und Hausbesitze mit einer Wohnfläche von mehr als 150 bis 200 qm in den drei oben genannten Ländern betroffen.

Par. 3.) Das nationalisierte Eigentum in ESTLAND, LETTLAND und LITHAEN ist auf Grund der Bekanntmachung des Reichskommissars LUBE - ab Juni 1942 sodann auf Grund der Verordnung des Reichministers fuer die besetzten Ostgebiete

über das Wirtschaftsministerium- treuhänderisch verwaltet worden. Zweck war die Versorgung der deutschen Truppen und die Sicherung des Existenzbedarfes der einheimischen Bevölkerung und des Reiches.

Par. 4.) Als die deutschen Truppen in die baltischen Länder einmarschierten, wurden vielfach bereits von den Dienststellen des Wirtschaftsministeriums in den Betrieben kommissarische Verwalter oder aber Ostgesellschaften eingesetzt. Die Ostgesellschaften erhielten die Ermächtigung zur Verwaltung der Betriebe gewöhnlich auf Grund eines Auftrages des Reichsauftragsherrn für den Vierjahresplan.

Par. 5.) Die Ostgesellschaften waren privatrechtlich und privatrechtlichlich aufgezogene Gesellschaften, die auf Veranlassung des Reiches gegründet wurden und den Verfügungen des Reiches unterstanden und das ausschließliche Recht zur Verwaltung der Betriebe ihrer Fachgebiete hatten. Die Gründung verschiedener Ostgesellschaften wurde bei den Fachministerien veranlaßt. Die Aufgabe der Ostgesellschaften war Betriebsführung und zum großen Teil Handel. Es waren nicht nur Treuhänder- sondern gleichzeitig auch Handelsgesellschaften.

Par. 6.) Die großen Ostgesellschaften, die sich in den baltischen Ländern befanden, waren die Zentral-Handelsgesellschaft Ost, Ostland-Packer als Tochtergesellschaft der "Ostsee", dann die Berg- und Hütten G.m.b.H. Ost, die aber meiner Erinnerung nach nur zwei oder drei Betriebe in Ostland hatte, dann die Baltische Oel G.m.b.H. und die Oelvertriebs G.m.b.H. als Tochtergesellschaften der "Continental-Oel A.G.", später auch die Stein und Erden Ost G.m.b.H. und die Energiebau Ost G.m.b.H.; und dazu kamen eine Reihe von den Ostland selbst gegründete Gesellschaften.

Par. 7.) Die Reprivatisierung des von der UdSSR nationalisierten estnischen, lettischen und litauischen Eigentums ist bereits im Sommer 1942 erörtert worden, aber ist erst Mitte 1943 praktisch geworden.

Par. 8.) Bei der Reprivatisierung wurde das Eigentum nur an Einheimische zurückgegeben, die ihre Berechtigung nachweisen konnten und einen besonderen Antrag stellen konnten. Wenn ein Besitzer von der UdSSR verschleppt worden ist, oder Jude war, oder als Staatsfeind bezeichnet worden ist, ist das Eigentum nicht zurückgegeben worden, aber es wurde weiter in bisherigen Rahmen verwaltet.

Par. 9.) Grundsätzliche Fragen, wie z.B. die Rückgabe des von der UdSSR nationalisierten Eigentums der ESTLÄNDER, LETTLÄNDER und LITAUER, die von politischer Bedeutung waren, wurden in grossem Kreise behandelt, wo auch später Götlob BECKER teilnahm und der Politische Führungstab des Ostministeriums.

R

Institut für Zeitgeschichte

Diese Aussagen habe ich freiwillig gemacht, ohne jedesmal Versprechen auf Belohnung und ich war keinerlei Zwang oder Drohung ausgesetzt. Ich habe jede der fünf Seiten dieser Erklärung sorgfältig durchgelesen und eigenhändig gegengezeichnet, habe die notwendigen Korrekturen in meiner eigenen Handschrift vorgenommen und mit meinem Anfangsbuchstaben gegengezeichnet und erkläre hiermit unter Eid, dass alle die von mir in dieser eidesstattlichen Erklärung angegebenen Tatsachen nach meinem besten Wissen und Gewissen der vollen Wahrheit entsprechen.

Nürnberg, den 16 Juni 1947

H. Reibolke

Before me, Josef G. SCHNEIDER U.S. Civilian, AGO Identification number AGO D 090132, Interrogator, Evidence Division Office of Chief of Counsel for War Crimes appeared Dr. Hermann REIBOLKE, to me known, who in my presence signed the foregoing statement (Erklärung) consisting of five pages in the German language and swore that the same was true on the

Nürnberg, 16 June 47

Joseph G. Schneider